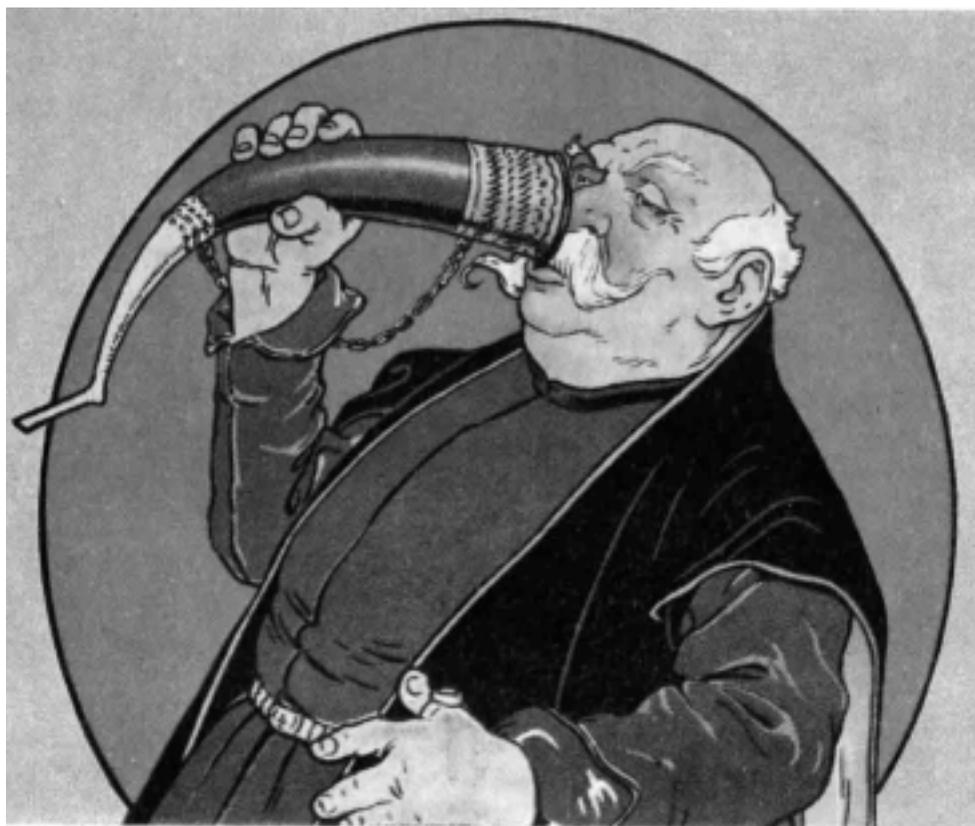


Mitteilungsblatt

der Berliner Georgischen Gesellschaft e.V.

3/4 11. Jahrgang
März/April 2002
Nummer 90



ბერლინის ქართული საზოგადოების
ცნობის ფურცელი

Inhalt

Dr. Levan Gvelesiani: Die Macht des Wortes und der gute Wein – die georgische Tafelrunde	2
Rati Bregadze: Drogensucht in Georgien und ihre strafrechtliche Verfolgung.....	10
Annemarie Plassmann: HILFE IN GEORGIEN: Tätigkeitsbericht für 2001	13
Thomas Ladwein: Nachrichten aus Georgien	15
Informationen	38
Veranstaltungsprogramm	40

Levan Gvelesiani

Die Macht des Wortes und der gute Wein – die georgische Tafelrunde

Alle, die schon einmal in Georgien waren, dürften bemerkt haben, dass der georgische Tisch bestimmten „diskreten“ Regeln unterworfen ist. Diese ungeschriebenen Tafelregeln sind nicht neu. Georgier, die seit eh und je Wein erzeugen und trinken, haben diese Regeln schon vor Jahrhunderten erarbeitet und eingesetzt.

Die Regeln

Jede beliebige Tafelrunde in Georgien erfordert einen Tischführer, georgisch *Tamada* genannt. Der Tamada wird gleich am Anfang der Festrunde aus der Reihe der Anwesenden gewählt (meistens ein Mann, seltener eine Frau). Dieser Vorgang trägt einen „quasi-demokratischen“ Charakter. Der Kandidat wird vom Tischältesten, vom Gastgeber oder von einer anderen Persönlichkeit vorgeschlagen. Er muss von den Anwesenden in seinem Amt bestätigt werden. In der Regel nehmen die Anwesenden den Vorschlag an, weil allgemein gilt, dass der Vorschlagende besser weiß, wer für diese Rolle am besten geeignet ist.

Diese Formalitäten finden zu Beginn der Tischrunde statt; der Gastgeber (oder eine andere Person, die dafür Befugnis besitzt) schlägt also die Kandidatur des Tischleiters vor und hebt ein Glas auf sein Wohl. Dabei wird dem Tamada gewünscht, dass er den Tisch erfolgreich führen möge, die Gäste nicht langweile und die Ordnung bewahre. In der Regel wird eine Person zur Tischführung aufgefordert, die damit Erfahrung hat, der gastgebenden Familie nahe steht und für die Gäste nicht ganz unbekannt ist.

Bei einem größeren geselligen Beisammensein, zu dem manchmal einige hundert Gäste anwesend sind, wird die Kandidatur des Tamada im Voraus abgesprochen. Das geschieht dadurch, dass der Gastgeber bei der Planung des Tisches analysiert, wer von den Gästen zu diesem Zweck am besten geeignet sein könnte. Dann erfolgt eine Absprache zwischen dem Gastgeber und dem künftigen Tischleiter, ob er sich bestimmen lässt. Wenn die Absprache im Voraus stattgefunden hat, bereitet sich der künftige Tamada auf seine Rolle vor. Er ver-

sucht, durch eine unauffällige Recherche die Qualitäten der Gesellschaft festzustellen, in der er einen Tisch zu führen hat. Er muss auch physisch fit sein und nicht zuletzt bestimmte Mengen an Wein bzw. anderen entsprechenden Getränken vertragen können.

Der künftige Tamada kann (aber muss nicht) an der Wahl des Weins gemeinsam mit dem Gastgeber teilnehmen. Er kann auch andere, vielleicht wichtige Vorschläge in der Vorbereitungsphase unterbreiten, damit der Tisch gelingt.

Die wichtigsten Aufgaben des Tamada sind dann:

1. Die Gäste müssen reichlich zu essen und zu trinken bekommen
2. Es soll keine Cliquesbildung geben, sondern ein einheitlicher Tisch sein
3. Die Gäste dürfen nicht so „besoffen“ werden, dass es ihnen schlecht geht
4. Die Gäste sollen Spaß am Tisch haben und sich aktiv an den Gesprächen beteiligen
5. Jeder Gast soll sich äußern und seine Meinung sagen können
6. Die Tafelrunde muss eine Dramaturgie, das heißt ein Vorspiel, Höhepunkte und einen Abschluss haben

Diese Regeln sind nicht starr. Sie können je nach Anlass, Gästezahl, Umstand u.a. variiert werden. Im allgemeinen gilt: Der Tamada sorgt für die Mitglieder des Tisches. Er fungiert quasi als Vermittler zwischen dem Gastgeber und seinen Gästen.

Die Tischführung

Nachdem der Tamada sein Amt erhalten hat und von allen Tischmitgliedern begrüßt und bestätigt ist, darf er bei gästerreichen Tafeln seine Vertreter (eine Art

Vize-Tamada) benennen. In der Regel werden Vertreter nur dann bestimmt, wenn die Zahl der Gäste 10-12 übersteigt und die fernen „Kontinente“ des Tisches nicht einfach von einer Stelle aus zu beaufsichtigen sind. Die Aufsicht bedeutet in diesem Fall nicht eine Beschränkung, sondern mehr eine Abfrage und Analyse des Zustandes der Mitglieder einer Tafelrunde. Der Tamada muss aufpassen, dass diese sich in die Gesellschaft einbezogen fühlen und auch bei den Trinksprüchen und anderen Gesprächen mitwirken. Die Aufgabe der Vertreter ist es, am gegebenen Abschnitt des Tisches die übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Der Tamada und seine Vertreter dürfen sich keinesfalls betrinken. Sie sollen nüchtern und freundlich auf alle Gäste achten und erreichen, dass die Menschen am Tisch sich wirklich vergnügen.

Nach der Wahl des Tamada und der Benennung der Vertreter geht der Tisch in eine neue, eine „tyrannische“ Phase über. Denn der Tamada und seine Vertreter sind echte Tyrannen, die die ganze Zeit versuchen, dass alle Mitglieder des Tisches:

1. bei allen Trinksprüchen auch austrinken, sich aber nicht „besaufen“,
2. zur Geselligkeit des Tisches beitragen, keine Konflikte anzetteln,
3. nicht ohne Genehmigung des Tamada herumlaufen oder trinken.

Die Mitglieder der Tafelrunde sind aufgefordert, zu den Trinksprüchen zu reden, anderen Menschen zuzuhören, höflich, dynamisch zu sein, zu tanzen, zu singen, zu flirten, sich zu amüsieren und sich damit zur Runde der Gesellschaft zu gesellen.

Die Trinksprüche

Von Tisch zu Tisch variieren Anzahl, Inhalt, Tiefe und Reihenfolge der Trinksprüche. Ein trauriger Tisch, zum Beispiel ein Todesmahl, hat eine andere Reihenfolge und andere Inhalte als ein Geburtstag oder eine Hochzeit.

In der Regel wird der erste Toast, nachdem der Tamada benannt worden ist und auf sein Wohl die Gläser gehoben sind, auf das *grundlegende Ereignis* erhoben. Wenn es um einen Geburtstag geht, dann gehört der erste Toast dem Geburtstagskind. Wenn die Ursache der Tafel eine Eheschließung ist, dann wird der erste Toast auf die Gesundheit, auf den Erfolg und ein langes Leben des Ehepaares erhoben. An einem Trauertisch bittet der Tamada die Anwesenden, auf die ewige Ruhe und die Erinnerung an den Verstorbenen zu trinken. Das Verhalten des Tamada ist grundsätzlich vom Anlass bestimmt. Wenn man einen Tisch zur Ehre der Gäste organisiert, wird der erste Toast entsprechend zum Wohl der Gäste erhoben. In manchen Fällen, wenn der Anlass nicht eindeutig ist, schlägt der Tamada vor, auf das Treffen und auf dieses Beisammensein zu trinken. Das ist eine Art Segnung des Abends; man wünscht sich, gemütlich zusammen zu sein.

Alle Toasts werden vom Tamada erhoben, abgesehen von den Trinksprüchen, die von anderen Tischmitgliedern beim Tamada erbeten wurden. Nachdem der Tamada seine Rede beendet hat, sollen alle Mitglieder, der Reihe nach, ihre Position und Meinung zum erhobenen Toast aussprechen. Man darf kein anderes Thema wählen, sondern muss zum vom Tamada ausgesprochenen Toast et-

was sagen. Wenn, zum Beispiel, der Tamada auf Hans einen Trinkspruch erhebt, müssen die anderen Tafelteilnehmer etwas zu Hans sagen und nicht zu Greta oder Garbo, es sei denn, die Letzteren stehen in unentbehrlichem Zusammenhang mit Ersterem. Wenn der Tamada auf die Liebe trinkt, müssen die anderen in dieser Runde auch etwas zur Liebe sagen und nicht zum Fußball oder Finanzamt. Der Tamada schlägt die Toastthemen vor und regt ein Gespräch an. Wenn ein Mitglied sich reif fühlt, einen Toast zu dem einen oder anderen Thema auszusprechen, dann muss er/sie sich an den Tamada wenden, welcher ihm/ihr das Wort erteilen kann, aber nicht muss. Es kann auch gefeilscht werden. Es ist üblich, dass bei ca. zehn Trinksprüchen zwei bis drei nicht vom Tamada, sondern von anderen Mitgliedern der Gesellschaft vorgeschlagen werden. Es kommt auch manchmal zu Situationen, in denen der Tamada die Tischmitglieder auffordert, einen Trinkspruch auszusprechen. Der Haken dabei ist, dass ein neuer Trinkspruch nicht die Wiederholung eines bereits erhobenen sein darf. Es sind Kreativität, Scharfsinnigkeit, Originalität und Humor gefragt.

In der Regel sollen die Gläser bei einem Trinkspruch geleert werden. Man muss diese Angelegenheit nicht zu ernst und etwas lockerer nehmen, weil kein Trinkzwang im allgemeinen besteht. Man trinkt soviel, wie man möchte. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass man zwischen den Trinksprüchen nicht selbständig trinken darf. Ein guter Tamada macht auch keine Pausen zwischen den Trinksprüchen. Das liegt daran, dass der Tamada, wenn er einen Trinkspruch vor-

schlägt, erst redet und anschließend all diejenigen, die zum gegebenen Thema etwas zu sagen haben. Das braucht Zeit. Die Dauer der Reden hängt vom Inhalt und vom Redner ab: Jeder muss dabei auf das Publikum Acht geben und darf nicht zu lange reden. Man wird für eine kurze, treffende und literarisch ausgerichtete Rede geschätzt. Man soll so reden, dass die Anwesenden sich nicht langweilen. In der Regel spricht der Tamada am längsten, alle anderen sollen sich kürzer fassen. Man muss der Rede der Anwesenden zuhören und darf beim Ausspruch des Toastes nicht stören. Der Tamada kann für die Verletzung der Tafelregeln auch Strafen verhängen: ein zusätzliches Glas auszutrinken oder ein Gedicht vorzutragen oder eine Strafrunde zu tanzen. Das hängt von der Phantasie des Tamada ab. Diese Strafen müssen auch ausführbar sein und ein Späselement beinhalten. Sie dürfen nicht als Ausübung von Gewalt erscheinen.

Ein Brauch, welcher hier noch zu erwähnen wäre, heißt *Alaverdi* und bedeutet das Sprachrecht unmittelbar nach dem Tamada. Gewöhnlich wird dieses Recht vom Tamada demjenigen Tischmitglied erteilt, das aus Sicht des Tamada zum Thema des gegebenen Trinkspruchs etwas wesentliches sagen könnte.

Die Eigenschaft, dafür gebildet genug zu sein, gehört zu den Eigenschaften eines guten Tamada. Im Georgien der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts waren es bekannte Schauspieler, Poeten, Schriftsteller, Bildhauer u.a., die einen guten Ruf als Tamada hatten und an jedem Tisch gern gesehen waren. Es gab und gibt auch einige, die nicht unmittelbar zur künstlerischen Reihe

gehören, sich aber als „Fachtamada“ durchgesetzt haben. Sie ziehen von Tisch zu Tisch, essen, trinken und begeistern die Anwesenden. Diese Leute sind im Land bekannt. Es sind „sokratische“ Menschen, die die Nachbarn in ihrem Stadtviertel, die Stadtprominenz und die Straße kennen. Sie sind überall willkommen.

Dem Inhalt nach ähnelt der georgische Tisch einem Eiskunstlaufwettbewerb: auch hier gibt es ein obligatorisches und ein freies Programm für die Trinksprüche.

Das Pflichtprogramm

1. Anlass des Beisammenseins (Geburts- tagskind, Brautpaar, Neujahr, St. Georg¹ u.a.)
2. Frieden in der Welt und in der Familie
3. Heimat
4. Kinder
5. Eltern
6. Geschwister
7. Verstorbene Freunde und Verwandte (als Erinnerung und nicht als Heil)
8. Familie des Gastgebers und Familie als Stütze der Gesellschaft
9. Das Allerheiligste: „Gott sei mit uns!“ – als Abschluss und Dank

Das freie Programm

1. Liebe
2. Freunde und Freundschaft
3. Freiheit
4. Erinnerungen
5. Zukunft
6. Erfolg
7. Verwandte
8. Frauen (mit besonderer Betonung auf die Mütter²)
9. Großeltern und Vorfahren
10. Persönliche Trinksprüche

Ein Festtisch ist eine Mischung aus obligatorischen und freien Trinksprüchen. Die Zahl der Trinksprüche kann nach Anlass, Anzahl der Anwesenden, Ort, Umständen u.a. variieren. An einem Hochzeitstisch sind beispielsweise Trinksprüche auf die Zeugen bzw. Paten des Brautpaares notwendig. An einem Trauertisch werden die vorher verstorbenen Eltern und Verwandten erwähnt. Man erhebt den Trinkspruch auf ihre ewige Ruhe und zu ihrer Erinnerung.

Ab und zu werden persönliche Trinksprüche erhoben. Der Tamada stellt diese oder jene anwesende Person vor, erzählt über die positiven Eigenschaften des Betroffenen, über seine/ihre Charakterzüge, Erfolge, Verdienste. Nach dem Tamada sprechen auch die anderen Anwesenden über die betroffene Person und versuchen, ihre Beziehung zu ihm/ihr zum Ausdruck zu bringen. Es ist alles erlaubt außer Kritik und, eventuell, der Schmeichelei, obwohl letztere schon oft vorkommt, wenn die Untergeordneten auf den Direktor trinken. Der/die Betroffene hört dem Tamada und den anderen zu, und wenn die Runde vorbei ist, noch bevor der Tamada den nächsten Trinkspruch ausruft, bedankt er/sie sich bei den Anwesenden und trinkt aus seinem/ihrem Glas.

In einem persönlichen Trinkspruch können auch mehrere Menschen zusammengefasst werden (Geschwister, Ehepaare, Mitarbeiter usw.). Dieser Brauch ist besonders bei großen Tafeln üblich, wenn am Tisch einige hundert Personen sitzen. Dann erhebt man auf die Mitarbeiter der Braut, auf die Rugbymannschaft des Geburtstagskinds oder auf die Nachbarn des Verstorbenen einen

zusammengefassten Toast. Die Betroffenen hören sich den Trinkspruch an, erheben das Glas aufeinander und trinken dankend.

Das Psychosoziale

Man kann am georgischen Tisch einen äußerst interessanten Prozess beobachten.

In einer Zeit, wo die psychoanalytische Arbeit noch nicht zum Alltag der Menschen gehörte, haben die Georgier dafür den Tisch entdeckt. Der Ablauf des georgischen Tisches hat viel Ähnlichkeit mit der modernen psychotherapeutischen Gruppenarbeit.

Eigentlich kann man von der Tischgesellschaft als von einer T-Gruppe sprechen. Das, was am georgischen Tisch geschieht, ist eine Form der gegenseitigen Motivation, Öffnung und psychosozialen Therapie. Negative und frustrierende Themen, Kritik, Diskussion etc. sind tabu. Die Menschen versuchen, nett zueinander zu sein, positive Seiten aneinander zu entdecken und darüber einander Bescheid zu sagen. Das alles wird vom Tamada, der eigentlich ein Moderator der Gruppe ist, schöpferisch gelenkt. Diese Gruppentherapien dauern einige Stunden, mit Pausen beim Tanzen, Singen usw., verbunden mit der Aufnahme von Alkohol und Nahrung. Die beiden letzteren Tätigkeiten schaffen ein Klima der Entspannung. Dadurch wird auch die Öffnung der Menschen leichter erreicht.

Zum wichtigsten psychosozialen Element gehört das Lob. Es geht eigentlich darum, den anderen Menschen etwas Positives zu sagen. Schmeichelei wird

nicht begrüßt. Man versucht, in einem anderen Menschen Eigenschaften zu finden, die lobenswert sind, und das diesem Menschen zu sagen. Diese Motivation hat natürlich auch bestimmte erzieherische Ziele: wir sagen den Menschen ihre positiven Seiten offen, damit sie diese positiven Seiten in sich stärker ausprägen und versuchen, noch besser zu sein. Der georgische Wissenschaftler J. Baramidze, der in den 70er bis 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Sitten am georgischen Tisch erforscht hat, schreibt in seinem Buch „Das Etikett der georgischen Tafel und Alkohol“: „Jedes Mitglied wird mit Liebe und Achtung behandelt, manchmal auch so, dass es wirklich anfängt, sich höher zu schätzen als vorher.“ Der gleiche Autor betont weiter, dass dieses Lob nicht in Schmeichelei und Übertreibung hineinwachsen darf und ausschließlich auf Offenheit und Korrektheit beruhen muss.

Nicht zuletzt spielen Gesang, Tanz, öffentliche Deklamation und dergleichen eine therapeutische Rolle. Alle diese Betätigungen werden am Tisch erlaubt und gefördert. Man bekommt eine Möglichkeit, sich offen auszudrücken.

Wie bereits erwähnt, wird am Tisch nicht kritisiert: die negativen Eigenschaften einer Person sind tabu, man macht hier die anderen Menschen nicht auf sie aufmerksam. Dadurch vermeidet man Verschlossenheit der Menschen untereinander. Dieser Anlass ist gut geeignet für die Knüpfung von Freundschaften, Flirten, Absprache eines Vorhabens oder dergleichen. Die lockere und freundliche Atmosphäre erlaubt einiges, was sonst viel aufwendiger zu erreichen sein könnte.

Essen und Trinken

Da die Tafel sich zeitlich in die Länge zieht, wird auch unterschiedliches Essen serviert. Essteller und Besteck werden je nach Bedarf mehrmals ausgewechselt. Im Unterschied zum europäischen Tisch werden vom georgischen nur die warmen Gerichte abgeräumt, die kalt geworden sind. Die kalten Speisen, eine Art Antipasti, in Georgien auf russische Weise *Sakuska* genannt, bleiben bis zum Ende des Tisches stehen und sind zum wiederholten Zugriff bereit. Geleerte Teller werden nachgefüllt. Bei manchen Feierlichkeiten bestimmt der Tamada die Reihenfolge der Speisen.

Die Vorspeisen sind vielfältig. Auf dem Tisch sollten unbedingt folgende kalte Speisen stehen: zwei bis drei Sorten Käse, Salate aus Gurken, Tomaten und Kraut, Salate mit Mayonnaise, zwei bis drei Arten Wurst- und Fleischwaren, Gemüseragouts, Ratatouille, Marinaden, Bohnengerichte. Unentbehrlich sind auch *Chatschapuri*, Käsebrod, und *Tschadi*, Maisbrod. Diese letzteren werden zum Beginn der Runde warm serviert. Einen besonderen Stellenwert haben am georgischen Tisch *Bashi*, eine kalt vorbereitete Walnusssoße, und *Tkemali*, eine Soße aus Wildschlee. Als Soßen werden noch andere angeboten, wie Granatapfelsoße, Tomatensoße, Knoblauchsoße, daneben aber auch Senf und Meerrettich. Die Gerichte schmecken gewöhnlich in Westgeorgien oder bei Familien aus den westlichen Regionen etwas schärfer als in *Kacheti* oder *Kartli*, den östlichen Regionen des Landes. Denn Westgeorgier essen schärfer als Ostgeorgier. Typisch westgeorgisch ist auch *Adshika*, eine scharfe Pfefferpaste mit Pfeffer,

Knoblauch, Salz und vielen pikanten Kräutern. In den westlichen Teilen Georgiens darf auch der *Ghomi*, heißes Maispüree, nicht auf dem Tisch fehlen.

An einem guten Tisch sollten mindestens vier bis fünf Hauptgänge serviert werden. Man fängt mit einem Fleischgericht an. Bevorzugt wird Rindfleisch, ein Beef nach Stroganov-Art, mit pikanter Soße ohne Beilage, im Volksmund auch *Ostri* genannt. Dann folgt ein weiteres Gericht, meistens ein Truthahn oder eine Henne in Walnusssoße eingelegt, sogenanntes *Saziwi*. Dieses typisch georgische Gericht ist nicht nur in Georgien, sondern auch in Russland und in anderen osteuropäischen Ländern bekannt. Aus dem Dorf *Schkmeri* der westgeorgischen Bergregion *Ratscha* stammt ein im ganzen Land verbreitetes Geflügelgericht, ein in Knoblauchsoße eingelegtes Hähnchen. Bei einer größeren Hochzeit, wo das Spanferkel nicht fehlen darf, bekommt der Tamada als Bestätigung seines Amtes einen gebratenen Ferkelkopf mit einem roten Radischen im Mund.

In den Gaststätten von Tbilissi sind zwei Gerichte äußerst populär. Das eine stammt aus der östlichen Bergregion *Chewsureti* und heißt *Chinkali*. Das sind etwa 80-100 Gramm schwere, mit Fleisch gefüllte gekochte Maultaschen aus dünnem Teig. Sie werden heiß serviert, mit schwarzem Pfeffer abgeschmeckt und mit der Hand gegessen. Das zweite Gericht ist die georgische Art des in vielen orientalischen Ländern verbreiteten Kebaps, *Kababi*, wie es die Georgier nennen. Das sind 10-15 cm lange, mit verschiedenen orientalischen Gewürzen abgeschmeckte grillte Hack-

fleischröllchen, die mit geschnittenen Zwiebeln in dünnem Brot - *Lawashi* - eingewickelt gegessen werden. Diese beiden Gerichte werden mittlerweile auch in den gehobenen Restaurants und in vielen Familien serviert.

In der Regel wird bei einem Trauertisch die georgische Art des mittelasiatischen Plows, *Shila*, serviert. Das Auftragen des Shila, eines pikanten Reisbreis mit Lammfleisch, ist ein Zeichen dafür, dass die Anwesenden erneut auf die ewige Ruhe des Verstorbenen die Gläser erheben sollen. Zu den Tischsitten gehört auch der Brauch, dass an einem Trauertisch nicht zu viele Fleischgerichte serviert werden.

Im Frühling, besonders im April und Mai, in der Blütezeit des Estragons, wird ein Gericht aus Lammfleisch, *Tschakapul*, serviert. Zartes Fleisch wird mit Estragon und unreifem Wildschlee gekocht. Das Lammfleisch wird oft auch als *Tschanachi*, Ragout, gedämpft im kleinen Tontopf mit Tomaten, Gewürzen und Auberginen angeboten. An Fischgerichten werden gekochte oder gebratene Bachforelle, geräucherter und eingelegter Lachs (manchmal auch am Spieß), Wels in Koriander oder andere örtliche Fischarten bevorzugt. Sie werden sowohl als Vorspeisen, als auch als Hauptgerichte serviert. In Ostgeorgien wird unbedingt das *Kaschlama*, gekochtes Rindfleisch mit Petersilie, serviert. Zum Ende der Tafel ist der Schaschlik, georgisch auch *Mzwadi* genannt, an der Reihe. Dabei wird weißes Schweinefleisch oder Kalbfleisch, in den Bergregionen auch Lammfleisch, verwendet. Das Vorbereiten dieses Gerichtes ist fast ausschließlich den Männern überlassen:

die Kunst des Grillens trägt zum Stolz des Gastgebers bei. Während die Frauen der Familie die meiste Arbeit beim Festmahl in der Küche verrichten, müssen die Männer für Getränke, für Brot und den Grill sorgen.

Nach dem Mzwadi kann nur noch etwas Süßes, Torten, Gebäck, Obst oder Kaffee und Tee, kommen. Das Gebäck basiert oft auf Wal- bzw. Haselnüssen, was als typisch georgisch bezeichnet werden kann. Im Volksmund wird das Servieren der Süßigkeiten auch „der Fußtritt des Gastgebers“ genannt, weil damit den Gästen signalisiert wird, dass die Tafel bald zu Ende gehen soll.

In der Regel wird am georgischen Tisch Wein getrunken. Durch den russischen Einfluss in den letzten 200 Jahren trinkt man aber auch Wodka, georgisch *Araki* genannt. Verbreitet ist auch *Tschatscha*, Grappa, Weingeist. Bei besonders feierlichen Anlässen trinkt man ein Glas Champagner oder Sekt. Verschiedene „weiche“ (geringalkoholhaltige) Schnäpse, Liköre und Bier sind in einigen, besonders den bergigen Regionen Georgiens verbreitet. Mit Bier werden in Georgien grundsätzlich keine ernsthaften Trinksprüche gehalten³. Wie der Wissenschaftler Z. Kinkladze in seinem Buch „Trinksprüche der georgischen Tafel“ schreibt, kommt diese Tradition aus dem ostgeorgischen Kacheti, wo sich Wein als Hauptgetränk etabliert hat und das Bier als „Schwächlingsgesöff“ verpönt ist.

Einiges muss auch zu den Trinkgefäßen gesagt werden. Der Wein wird grundsätzlich aus 50-100 ml großen Weingläsern getrunken. Der Tamada kann zu einem besonderen Trinkspruch

vom Gastgeber ein Sondergefäß anfordern. Ein Sondergefäß ist das *Kanzi*, das georgische Horn, das man, ohne es leer zu trinken, nicht hinstellen kann, oder ein größeres (auch kleineres) Glas. Solche Sondergefäße sind in Paaren vorhanden und sollten von allen Tischmitgliedern ausgetrunken werden.

Der georgische Tisch ist, was das Ritual und den Bestand an Getränken betrifft, überwiegend aus den Zentral- und Ostregionen Georgiens, aus Kartli und Kachethi, hervorgegangen. Tischbräuche anderer Regionen haben sich dieser Tradition später, hauptsächlich im 19. und 20. Jahrhundert, eingefügt. Eins aber ist für alle Regionen gleich: in Georgien wird der Gast überall als Geschenk Gottes betrachtet und man versucht, die Gäste vorzüglich zu behandeln. Georgier sagen: *Stumari Gwtisaa!* – Der Gast ist eine Gabe Gottes! In diesem Sinne, *Gagimardshot!* – Seid gesegnet!

¹ Auf die Heiligen trinkt man nicht. Zu Weihnachten, Ostern und den anderen religiösen Festen grüßt man sich und wünscht gesegnete Weihnachten, Christus-segen, Kraft und Unterstützung der Trinität usw. Bei den bürgerlichen Festen trinkt man auf Vereinigung, Befreiung, Sieg u.a.

² „Lasset uns auf die Damen trinken! ... Das Weib ist die Trägerin der Schönheit und Pracht der Welt... auf unsere Mütter, die mit Schmerzen uns zur Welt brachten! ... Auf die Frauen, weil sie die Stütze der Familie sind etc.“ Alle diese Äußerungen mögen für das europäische Ohr sexistisch und machomäßig klingen, aber Georgier betonen nicht die Ungleichheit, sondern die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau.

Anmerkung: Die georgische Sprache macht keinen Unterschied zwischen feminin und maskulin und hat kein ausgedrücktes Geschlecht (kein er, sie, es).

³ „Lasset uns auf jenen Mann trinken, der aus dem Basar mit vollen Tragetaschen hinausgeht und denjenigen beneidet, der mit den leeren Tragetaschen hereinlatscht!“ – Diesen Trinkspruch habe ich in Kacheti in den 70-er Jahren gehört. Aus Z. Kinkladze (o.a.): „Auf diejenigen, die Sportanzüge tragen und keine Sportler sind!“

Der Autor des Beitrages, Dr. Levan Gvelesiani, hat in Tbilissi, Berlin, Budapest und Wien Volkswirtschaft, Management und Psychologie studiert und in Philosophie der Naturwissenschaften promoviert. Seit 1993 lebt er in Deutschland, wo er Inhaber einer Handelsfirma ist und sich als Entwicklungsberater u.a. an Projekten für Staaten der ehemaligen Sowjetunion beteiligt. Von seinen mehr als 80 publizierten wissenschaftlichen und populären Büchern, Artikeln, Erzählungen, Übersetzungen, Songtexten, Gedichten u.a. sei hier auf zwei seiner letzten Publikationen „Metaphysik der Einrichtungen und andere Spekulationen“, Bad Homburg v.d.H. 2000, ISBN 3831108064, und „Germanelebi“ („Die Deutschen“), Tbilisi 2001, verwiesen.

Rati Bregadze

Drogensucht in Georgien und ihre strafrechtliche Verfolgung

Drogensucht – ein krankhaftes Verlangen nach Schlaf- oder Betäubungsmitteln – ist eine Krankheit, die am Ende des 20. / Anfang des 21. Jahrhunderts ein globales Problem darstellt. Gab es dieses Problem noch vor einigen Jahren

nur in wenigen Ländern, so ist heute ein Staat, der keine größere Verbreitung der Drogensucht erlebt, die Ausnahme.

In Georgien erschienen in den 70er Jahren Drogen, die aus den Hanfgruppen hergestellt worden waren. In den 80er Jahren kamen dazu auch Opiatgruppen (Opiate, Morphine). Als nach dem Niedergang des Kommunismus die Landesgrenzen großzügig geöffnet wurden, boten sich in dem geographisch zentral gelegenen Transitland Georgien natürlich günstige Voraussetzungen für ein „Narko-Business“, die Herstellung und den Handel mit Drogen. Der rechtsfreie Raum erleichterte das illegale Herstellen von Drogen, und in den 90er Jahren erschienen in unserem Land Heroin, Kokain und solche starken Rauschmittel, wie z. B. Bupremorphin und Alphamethylphenalin.

Heute ist diese Krankheit auch unter Erwachsenen verbreitet, womit sich das Problem vergrößert hat. Bei Jugendlichen hat die Abhängigkeit von Drogen verschiedene Gründe, wie Neugierde, Nachahmungstrieb, der Wunsch nach psychischem und physischem Wohlbefinden, der Versuch Problemen und Misserfolgen zu entkommen, ein schwacher Wille, Mangel an elterlicher Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen der Kinder, Verfügbarkeit der Drogen, und anderes mehr.

Viele Jugendliche in Georgien beginnen ihre „Karriere“ mit „Gras“ (Marihuana), weil sie meinen, dass diese Art von Drogen ihrer Gesundheit nicht schadet. Der Abhängige ist von Natur aus egoistisch: wenn er sieht, dass er Tag für Tag mehr in Drogen versinkt, will er auch andere mit hineinziehen. Wer an

dieser schrecklichen Krankheit leidet, ist ein potentieller Verbrecher, weil er während der abstinenten Phase versucht, immer wieder Rauschmittel zu bekommen. Außerdem vermindert die Drogensucht die Arbeitsfähigkeit. Deswegen verringert sich im Staat die Zahl der arbeitsfähigen Bürger. Von den drogenabhängigen Eltern kommen kranke Kinder, so dass die Zahl der Verbrechen wächst. Alle diese Umstände sind Hindernisse für eine normale Entwicklung des Landes.

Unserer Meinung nach ist die „Schwarze Pest des zwanzigsten Jahrhunderts“ ein globales Problem, von dem die ganze Welt betroffen ist, und man darf den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern muss versuchen das Problem lösen. Die Gesetzgeber jedes Landes haben sich diesem Problem zu stellen. Sie haben alles zu tun, um rechtliche Bedingungen für dessen Lösung zu schaffen.

Auch die moderne Gesetzgebung Georgiens hat mit ihren weit zurückreichenden Traditionen vieles im Kampf gegen diese Krankheit geleistet. Als Georgien noch Teil der Sowjetunion war, verabschiedete das Parlament am 30. 12. 1960 das Strafgesetzbuch. Darin hatte die Drogenkriminalität im zehnten Kapitel (Straftaten gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung) ihren Platz. Nach diesem Strafgesetzbuch waren z. B. der Erwerb und die Herstellung von Drogen verboten und wurden mit Freiheitsentzug bis zu 10 Jahren bestraft.

Als Georgien unabhängig wurde, trat dieses Strafgesetzbuch wieder in Kraft. Doch war in der Zwischenzeit vieles darin geändert worden. Diese Änderungen entsprachen teilweise nicht der neu-

en Situation, wie überhaupt das alte Strafgesetzbuch eine ganze Reihe von Mängeln aufwies und damit nicht mehr den modernen Anforderungen gerecht wurde. Dies traf auch auf die Drogenkriminalität zu. In sowjetischer Zeit hatte die Ansicht geherrscht, dass es in Georgien keine Bedingungen für die Verbreitung der Drogenabhängigkeit gäbe. Nun hatten die Bedingungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – Bürgerkrieg, angespannte kriminelle Lage, soziales Elend und anderes mehr – entscheidend dazu beigetragen, dass sich diese Krankheit verbreiten konnte.

Für den Kampf gegen die Drogensucht war eindeutig eine neue gesetzliche Basis notwendig. Am 22. Juli 1999 verabschiedete das Parlament daher das neue Strafgesetzbuch Georgiens.

Drogenstraftaten werden in diesem Strafgesetzbuch wiederum im zehnten Kapitel (Straftaten gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung) behandelt, und zwar in 33 einzelnen Paragraphen. Entsprechend dem neuen georgischen Strafgesetzbuch werden die illegale Herstellung, der Erwerb, Besitz, die Weitergabe, der Versand und Verkauf von Drogen aller Art mit Freiheitsentzug bis zu 10 Jahren bestraft. Wenn eine solche Tat in größerem Umfang und in Verbindung mit einer Gruppe begangen wird, bewegt sich der Freiheitsentzug zwischen 6 und 12 Jahren, in besonders schweren Fällen bzw. wenn es sich um eine organisierte Gruppe handelt, wird sie mit Freiheitsentzug von 8 bis 20 Jahren oder mit lebenslanger Haft bestraft.

Nicht strafrechtlich verfolgt werden Personen, die freiwillig Drogen und artverwandte sowie psychotrope Mittel

abliefern, vorausgesetzt, sie haben sich keine anderen strafrechtlich relevanten Handlungen zuschulden kommen lassen. Bestraft werden auch die illegale Herstellung, der Erwerb, der Besitz, die Weitergabe oder der Verkauf von psychotropen und ihnen verwandten Mitteln.

Im neuen georgischen Strafgesetzbuch sind für das illegale Säen oder die Kultivierung von Pflanzen, die Drogen-substanzen enthalten, Geldstrafen oder Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren vorgesehen. Wenn diese Tat in größerem Umfang und wiederholt begangen wird und mit einer Gruppe in Verbindung steht oder einer Person, die eine weitere Tat nach Paragraph 33 begangen hat, ist Freiheitsentzug von 2 bis 7 Jahren vorgesehen, in besonders schweren Fällen oder wenn es sich um eine organisierte Gruppe handelt, Freiheitsentzug von 5 bis 10 Jahren.

Die Einrichtung von illegalen Laboratorien zur Herstellung von Narkotika und psychotropen Drogen sowie ihnen artverwandten Mitteln wird in Georgien mit Freiheitsentzug bis zu 3 Jahren bestraft. Wird diese Tat von einer Gruppe, professionell oder von Personen begangen, die sich schon einmal dieser Tat strafbar gemacht haben, ist Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren vorgesehen.

Auch wenn an dieser Stelle nicht alle Strafen im einzelnen aufgezählt werden können, so sei doch darauf hingewiesen, dass auch für den illegalen Erwerb oder den Besitz von Kleinstmengen an Drogen für nicht ärztlich verschriebenen Eigenbedarf, ohne die Absicht diese zu verkaufen, Geldstrafen und in manchen Fällen Arrest bis zu 15 Tagen vorgesehen sind.

Personen jedoch, die freiwillig Drogen abliefern, die sie in Kleinstmengen besitzen, erwerben oder ohne Verkaufsabsicht verwahren, sind keiner Strafverfolgung ausgesetzt ebenso wenig wie Personen, die sich mit der Bitte um Hilfe an eine medizinische Einrichtung wenden. Wenn nach einer Strafe wegen der illegalen Herstellung oder dem illegalen Besitz von Kleinstmengen an Drogen jemand rückfällig wird, so ordnet das Gericht eine Geldstrafe an oder gemeinnützige Arbeit von 120 bis 180 Stunden oder auch eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr. Wenn der psychische Zustand eines Drogenabhängigen für ihn selbst oder die Gesellschaft gefährlich ist, wird vom Gericht eine Zwangsbehandlung angeordnet. Ein Zuwiderhandeln wird nach dem georgischen Strafgesetzbuch mit Freiheitsentzug bis zu einem Jahr bestraft.

Was hat sich nun wesentlich bei der Behandlung der Drogensucht im neuen gegenüber dem alten sowjetischen Strafgesetzbuch geändert?

In dem alten, 1960 verabschiedeten Strafgesetzbuch war keine Strafe für die illegale Herstellung, den Erwerb, den Besitz, die Weitergabe, den Versand oder den Verkauf von psychotropen, d.h. auf die Psyche einwirkenden Mitteln vorgesehen.

Milder geworden ist nach dem neuen Gesetzbuch die Strafe für die Anstiftung zum Drogenkonsum. Nach dem alten Strafgesetzbuch wurde diese Straftat mit Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren geahndet, heute ist für dieselbe Tat eine Geldstrafe oder Freiheitsentzug bis zu 3 Jahren vorgesehen. Unserer Meinung nach ist die Strafmilderung in diesem Fall

nicht angebracht, weil mit der Anstiftung zum Drogenkonsum die Zahl der Drogensüchtigen steigt und sich die Krankheit weiter verbreitet.

Als progressiv ist das Einführen einer Strafe für die Einrichtung von Laboratorien zur illegalen Produktion von Drogen, verwandten, Grund- sowie psychotropen Mitteln zu betrachten.

Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist der Drogenkonsum ohne ärztliche Verordnung. Nach dem alten georgischen Strafgesetzbuch wurde jemand, der nach Verbüßen seiner Strafe diese Tat noch einmal beging, mit Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren bestraft. Heute besteht die Strafe in einer Geldbuße, gemeinnütziger Arbeit oder Freiheitsentzug bis zu einem Jahr.

Nach dem neuen Strafgesetzbuch wird die strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsum gemildert. Das ist natürlich sehr humanistisch. Die Drogensucht ist eine Krankheit, und eine Bestrafung des Kranken ist unangebracht. Man darf ja auch keinen grippeinfizierten Kranken dafür bestrafen, dass er sich mit Grippe infiziert hat.

Unserer Meinung nach ist die holländische Auffassung hier besonders interessant. Der Konsument ist in diesem Land kein Verbrecher. In Holland kann man ganz legal bestimmte Drogen kaufen. Damit erhält der Konsument die Möglichkeit, sich von der Kriminalität fernzuhalten. Der Verkauf von harten Drogen ist dagegen verboten. Und die illegale Drogenherstellung wird vom Staat energisch bekämpft.

Die holländische Sicht auf das Drogenproblem ist auf den ersten Blick erstaunlich. Viele kritisieren sie, doch die

Ergebnisse sprechen für sich. Die Zahl der Konsumenten ist stabil und bleibt auf dem Niveau von 1980, während die Zahl der Drogenabhängigen genau von diesem Zeitpunkt an in fast allen Ländern steil anstieg. Das betraf im übrigen auch Georgien, wo 1992 offiziell 4.347 und 2001 bereits 38.500 Drogenkonsumenten registriert wurden. Hinsichtlich der damit verbundenen Straftaten ergab sich eine Steigerung von 550 (1992) auf 1.620 (2001).

Unserer Ansicht nach empfiehlt sich die Einführung der holländischen Erfahrungen auch in Georgien. Doch sollten diese ganz detailliert untersucht werden. Auf jeden Fall muss mit der Entkriminalisierung der Drogenabhängigen begonnen werden, weil wir nicht den Kranken bestrafen dürfen, sondern den Täter fassen müssen.

Der Aufsatz des georgischen Studenten Rati Bregadze von der Juristischen Fakultät der Staatlichen Universität Tbilissi entstand im Rahmen eines neu eingerichteten Strafrechtlichen Seminars "Tbilissi-Berlin" und wurde für ein erstes Treffen im Oktober 2001 an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität vorbereitet.

Annemarie Plassmann

HILFE IN GEORGIEN: Tätigkeitsbericht für 2001

In den vergangenen Jahren konnten wir immer von mindestens einem großen Hilfstransport neben verschiedenen anderen Aktivitäten berichten. Diesmal ist das anders! Wir haben 2001 keine Hilfsgüter wie Kleidung, Spielzeug usw. für

Georgien gesammelt. Warum? Der georgische Zoll ist nicht berechenbar, verlangt besondere Zahlungen für zügige Abfertigung und lässt ansonsten die Lastwagen 1-4 Wochen warten. Dieses finanzielle Risiko und die hohen Transportkosten kann die doch kleine Initiative HIG nicht tragen. Leider ... nötig wären die Kleiderspenden schon!

Von anderem kann jedoch berichtet werden, zunächst von unseren Aktivitäten in Deutschland! Es wurden auf Basaren, in 3.Welt-Läden und in privaten Kreisen Handarbeiten aus Georgien verkauft, kein schwunghafter Handel, aber Absatz für Eigenarbeit der geschickten georgischen Frauen. Für die deutschen Käufer Freude an fremd wirkenden Taschen oder warnen, bunten Schafwollpantoffeln! Zwei georgischen Philosophen wurde der Aufenthalt in Deutschland gesponsert, Sprachkurs bzw. Weiterstudium, tüchtige, fleißige junge Leute.

Wieder wurden große Mengen neuester medizinischer Zeitschriften an eine georgische Spezialbibliothek geschickt, ein Schatz für die völlig mittellose Bibliothek und ihre Leser. Diese georgische Bibliothek wird daraufhin an die 1.000 deutsche medizinische Beutebücher aus sowjetischer Zeit an Deutschland zurückgeben. Die damit verbundenen Formalitäten sind seltsam langwierig, auch auf deutscher Seite.

Unsere Aktivitäten in Georgien waren im vergangenen Jahr besonders umfangreich, da mein Mann und ich vier Monate in Tbilissi an Hochschule und Schule unterrichtet haben. In dieser langen Zeit haben wir das Land aus neuen Perspektiven kennen gelernt. Überwiegend traurige Perspektiven! Misswirt-

schaft und Korruption machen den Staat handlungsunfähig, Rechtssicherheit, Bildungs- und Gesundheitswesen, Sorge für die Beamten oder Rentner – alles liegt im Argen. Dieses von der Natur gesegnete Land ist wirklich zerstört, vielleicht hauptsächlich durch die politische Spitze. Dennoch haben wir uns wohl gefühlt in Georgien. Die lebenswerten Menschen, ihr Interesse an Deutschland, ihre Hoffnungen auf den Westen, das alles trägt den Gast.

HIG-Mittel konnten gezielt vor Ort eingesetzt werden: Förderung ehrenamtlicher Arbeit durch Übernahme von Fahrtkosten bei Pflegeeinsätzen, Druck eines Adventskalenders in deutscher und georgischer Sprache hauptsächlich für Kinder außerhalb der Hauptstadt, Hilfe für Familien bei einem Todesfall oder auch beim Ausbleiben des Lohnes, Spielzeugbeschaffung für eine Jugendeinrichtung! Das größte Projekt war die Gründung einer Dorfschreinerei. Eine alte Mühle wurde renoviert, gebrauchte Maschinen und ein Stromgenerator wurden angeschafft und nun sind fünf Arbeitsplätze entstanden. Das Dorf liegt nicht weit von Tbilissi und so ist zu hoffen, dass sich genügend zahlungsfähige Auftraggeber finden werden.

Für 2002 gibt es Pläne: Eine Nähschule soll entstehen in einem südgeorgischen Dorf – diese Gegend ist das Armenhaus des armen Georgien. Noch fehlen uns die Mittel, hier zu helfen.

An einer Schule mit verstärktem Deutschunterricht soll eine kleine Schulbibliothek eingerichtet werden, deutsche und georgische Bücher für Kinder und Jugendliche! Wir suchen gute und gut erhaltene Kinder- und Jugendbü-

cher. Haben Sie Energie, Ihre Regale durchzustöbern?

Viel Besuch aus Deutschland hatten wir in Tbilissi, u .a. einen befreundeten Fotografen. Endlich können wir nun beste Profibilder über Land und Leute zeigen und unsere Berichte damit anreichern. Wir berichten gerne über Georgien – überall, für alle an Georgien Interessierte!

Für die großzügige Hilfe im Jahre 2001 herzlichen Dank! Wer überzeugt ist, dass die Spenden ankommen und gut verwandt werden, möchte vielleicht auch mithelfen.

*Das Konto von „HILFE IN GEORGIEN“:
Pfarrcaritas St. Augustinus, Stichwort
GEORGIEN, Konto 301 330 Sparkasse
Bochum, BLZ 430 500 01.*

Thomas Ladwein Nachrichten aus Georgien

Politik

Die ehemalige Mehrheitspartei der Bürgerunion (BU) ist zerbrochen, und die „Reste“ der Fraktion im Parlament suchen ihre Ausrichtung. Ein Teil der Abgeordneten hat sich hinter dem ehemaligen Justizminister und Präsidenten-Kritiker Saakaschwili zu einer „Volksbewegung für Demokratie“ gesammelt. Weniger Radikale scharen sich um Surab Schwania, den ehemaligen Kronprinzen Schewardnades, der im November von seinem Posten als Parlamentspräsident zurückgetreten ist. Schwania vermeidet jede direkte Kritik an Schewardnades, fordert aber eine deutliche Ausrichtung der Politik nach Westen. Eine dritte

Gruppe, die sogenannten „Konservativen“, strebt eine ausgewogene Politik auch im Verhältnis zu Russland an. Dennoch blieben die drei Gruppen unter dem Dach der BU zusammen.

Die BU-Gruppe unter Surab Schwania forderte immer wieder Reformen und Schritte zur Demokratisierung des Landes. So erhob sie auch die Forderung nach einer Direktwahl der (bisher vom Präsidenten ernannten) Gouverneure und Oberbürgermeister sowie die Durchführung der im letzten Jahr abgesagten Kommunalwahl noch im Sommer 2002 – so wie dies damals mit dem Hinweis auf den Wahltermin 4. Juni 2002 versprochen worden war. Bis dahin sollten verschiedene Fragen geklärt werden: die administrative Aufteilung des Landes sollte vollzogen und ein von einer Parteienmehrheit getragenes Wahlgesetz verabschiedet sein, ebenso sollten die finanziellen Arbeitsbedingungen der Kommunalgremien definiert sein. Bisher jedoch ist zu keinem dieser Punkte auch nur der Ansatz eines Fortschritts zu erkennen. Im Gegenteil: ein Sprecher des Präsidenten hat bereits den Wunsch geäußert, die Wahl erneut zu verschieben, um die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung abzuwarten. Denn nur mit diesen könne ein sauberes Wählerregister erstellt werden.

Bei einer der ältesten georgischen Parteien, der schon 1917 gegründeten und bereits seit den achtziger Jahren aktiven Nationaldemokratischen Partei flogen die Fäuste: zuerst schloss die Vorsitzende Irina Sarischwili-Tschanturia einen ihrer prominentesten Mitstreiter, den Fraktionssprecher im Tbilisser Stadtparlament, Dshondi Bagaturia, aus der Partei

aus. Dieser erschien dann wenige Tage später mit einigen seiner Anhänger auf einem Parteitag der Nationaldemokraten und wollte sich dort zu Wort melden. Statt mit Worten wurde die Auseinandersetzung mit Schlägen ausgetragen – und nach dem Abzug Bagaturias wurde die alte Parteivorsitzende auch wieder zur neuen gewählt.

Die neue Parlamentspräsidentin Burdshanadse ging ein besonders umstrittenes Vorhaben an: die Verringerung der Zahl der Abgeordneten. Das bisher aus 235 Volksvertretern bestehende Parlament sei zu schwerfällig und zu groß, sie bevorzuge ein Plenum mit 100 bis 115 Mitgliedern.



Präsident Schewardnadse bemängelte im Januar die Zusammenarbeit mit dem Parlament: von seinen 108 Gesetzesentwürfen, die er an das Parlament überreicht habe, seien nur 81 überhaupt beraten worden.

Zu seinem 74. Geburtstag am 25. Januar ertete der Jubilar ungewohnt heftige Kritik und teilweise sogar Spott. „The Georgian Messenger“ überschrieb einen Artikel mit „Präsident im Herbst“, eine andere Zeitung bezeichnete ihn als „das größte Problem im Land“. Georgien sei voller erboster Demonstranten, die sich gegen die Zustände im Pankisi-Tal, in der Kodori-Schlucht, gegen die russischen Militärbasen und Friedenstruppen, Korruption und Drogenhandel, Armut und das Staatsdefizit wandten. Und alles dies seien Themen, die der Präsident mit seiner Strategie der „Herrschaft aus einer Hand“ unmittelbar zu verantworten habe. In der Umgebung des Präsidenten, schrieb eine Zeitung, sei kein einzi-

ger Mensch zu finden, der selbständig denken könne. Diese Figuren hätten den alten Mann schon zu kommunistischen Zeiten umgeben und seien immer noch da. Und er werde sie auch nicht mehr los, da sie die Basis seiner Macht seien.



Der Vorsitzende („Sekretär“) des georgischen Sicherheitsrates, Nugsar Sadshaia, hat sich Ende Februar in seinem Büro durch einen Schuss in den Kopf selbst getötet. Gegen ihn war zuvor ein Feuerwerk an Beschuldigungen abgebrannt worden, er habe ein Mordkomplott gegen den adsharischen Gebietschef Abaschidse geplant und sei an allen wichtigen politischen Morden der letzten zehn Jahre beteiligt (darunter auch dem „Mord“ an Gamsachurdia). Diese Kampagne hatte am Tag des tragischen Ereignisses in neuen, persönlich diffamierenden Darstellungen gegipfelt.

Sadshaia galt als „Schewardnadses grauer Kardinal“, der stets loyal im Schatten des Präsidenten blieb und sich von allen politischen Umtrieben fern hielt. Die Presse unterstrich seine Ehrlichkeit und Reputation, er habe als einer der wenigen Offiziellen gegolten, die frei von Korruption waren. Freunde Sadshaias bezichtigten die Gruppe um Abaschidse und den russischen Geheimdienst, die Kampagne gegen ihn gesteuert zu haben, um Schewardnadse zu schwächen, da das Opfer ein Garant für die Stabilität im Lande gewesen sei.

Schewardnadse gestand nur wenige Stunden nach dem Suizid ein, dass Sadshaia ihn zwei Tage zuvor um Entlassung aus dem seit 1995 begleiteten Amt gebeten habe, da er die Diffamierungen gegen sich nicht mehr ertrage. Sche-

wardnadse habe aber abgelehnt, weil er nicht auf die seit 35 Jahren geübte Zusammenarbeit mit Sadshaia in der schwierigen Phase des Landes verzichten wollte.



Eine neue Kommission bereichert die georgische Regierungsarbeit: unter Leitung von Staatsminister Dshorbenadse beschäftigt sie sich mit dem Kampf gegen den Schmuggel. Dieser stelle eines der größten Probleme des Landes dar, da die Schmuggelware einheimische Produkte verdränge und dadurch auch die Staatseinnahmen reduziere. Dshorbenadse äußerte öffentlich, dass er davon ausgehe, dass bis zu 25 % des Schmuggelgeschäfts von Bediensteten der Sicherheitsorgane erledigt würden, weitere 40 % rechne er der Finanz- und Zollverwaltung zu.

Die Steuerverwaltung des Landes soll zukünftig nach dem Willen von Präsident Schewardnadse nicht nur dem Einnahmeministerium, sondern auch der Stadtverwaltung Tbilissi unter Oberbürgermeister Sodelawa unterstellt sein. Der IWF und das Einnahmeministerium sprachen sich deutlich gegen diesen Schritt aus. Schewardnadse äußerte die Erwartung, dass mit dieser Maßnahme das Verantwortungsbewusstsein der lokalen Behörden gesteigert werden könne.



Im ostgeorgischen Pankisi-Tal (an der Grenze zu Tschetschenien) gab es um den Jahreswechsel massive Spannungen zwischen den dort vor mehr als einem Jahr gestrandeten noch immer rund 7.000 Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet (für die kaum noch Hilfe aus dem Ausland kommt und unter denen Krankheiten wie Hepatitis grassieren), den dort

ansässigen Bevölkerungsgruppen der Kisten und Georgier sowie Sicherheitskräften. Anlass waren die andauernden Entführungen (unter anderem auch von Mönchen und Ausländern), der Drogen- und der Waffenschmuggel in dem Gebiet, das sich seit Monaten nicht mehr unter der Kontrolle der georgischen Regierung befindet. Die staatliche Polizei hatte sich bisher geweigert, in die 30 km lange und 3 km breite Schlucht vorzudringen, um „ethnische Konflikte zu vermeiden“. Präsident Schewardnadse wies darauf hin, dass es keine ethnischen Probleme mit den im Tal lebenden Kisten gebe, sondern dass sich kriminelle Elemente aus ganz Georgien in dem Tal angesammelt hätten.

Die georgische Bevölkerung rund um das Tal, die immer wieder auch durch Viehdiebstahl betroffen ist, drohte damit, eine eigene „Volksarmee“ aufzustellen und den Eingang des Tals zu blockieren. Eine Organisation der „Afghanistan-Veteranen“ machte durch öffentlichen Protest auf diesen kriminellen Brennpunkt und die ethnischen Spannungen aufmerksam und forderte die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Die örtlichen Bezirksvertreter hatten seit langem schon ein Eingreifen der georgischen Sicherheitskräfte gefordert, denen aber immer wieder vorgeworfen wurde, mit den das Tal beherrschenden Kriminellen unter einer Decke zu stekken. Der Leiter der Terrorbekämpfung Georgiens wurde im Januar seines Amtes enthoben, Gerüchte besagten, dass er in Verbindung mit den Entführern ausländischer Geiseln stand.

Mitte Januar wurden die Polizeikontrollpunkte tiefer in das Tal hinein ver-

legt, ohne dass dies zu größeren Problemen führte. Kritiker bemerkten jedoch, dass trotz der verstärkten Polizeipräsenz kein einziger Krimineller verhaftet und keine Geisel befreit worden sei. Heiß diskutiert wurde auch die Frage, ob in den letzten Monaten die Drogenfabriken aus Tschetschenien nach Georgien verlegt worden seien. Innenminister Narchemaschwili bestritt, dass es derartige Einrichtungen in dem Tal gebe. In diesem Zusammenhang wurde auch immer wieder auf den Mordfall Sanaia hingewiesen: der Journalist habe angeblich an einer Story über die Verbindungen zwischen Offiziellen und dem kriminellen Milieu im Pankisi-Tal gearbeitet.

Ende Januar steigerten sich die Spannungen erneut. Tausende demonstrieren in Achmeta gegen die Zustände und forderten „entschiedene Maßnahmen“ des Innen- und des Sicherheitsministeriums. Alle staatlichen Stellen in der Region mit Ausnahme der Krankenhäuser wurden bestreikt. Immerhin wurde dann die Verhaftung von drei gesuchten Kriminellen vermeldet, von denen sich zwei jedoch angeblich selbst gestellt hatten. Innenminister Narchemaschwili, der sich selbst vor Ort begab, wechselte zum dritten Mal innerhalb eines Jahres den Polizeichef der Region aus und versprach, weitere Polizeikräfte nach Achmeta zu verlegen.

Am 17. Februar wurde die Entführung von vier Polizisten an einem der Kontrollpunkte in der Schlucht gemeldet, Hintergrund soll die Verhaftung eines Schmugglers und Drogenbosses der Region sein. Dessen Familie versuchte, einen Austausch zu erzwingen. Nach drei Tagen wurden die Ordnungshüter

wieder unversehrt in die Freiheit entlassen. Angaben des Staatssicherheitsministers zu Folge, der in die Region geeilt war, erfolgte die Freilassung ohne Bedingungen.

Der russische Präsident Putin kündigte Anfang Februar an, Russland werde „seine Flüchtlinge aus dem Pankisi-Tal“ zurückholen. Hierzu ordnete er an, dass das Zivilschutzministerium mit den entsprechenden Stellen in Georgien einen Aktionsplan ausarbeiten solle. Die tschetschenischen Flüchtlinge kündigten Widerstand gegen die Rückführung an, so lange in Tschetschenien kein Frieden herrsche.

Unerwartet brachen dann die Afghanistan-Veteranen ihre Proteste und Demonstrationen ab, was wiederum zu Spekulationen über die Hintergründe dieser Organisation führte.

Die georgische Regierung äußerte öffentlich, sie werde so vielen Flüchtlingen wie möglich helfen, in ihre Heimat zurückzukehren. Man erwarte, dass etwa 2.000 Menschen zu diesem Schritt bereit seien. Georgien forderte, den Flüchtlingen eine Sicherheitsgarantie zu geben (wie diese jedoch angesichts nahezu täglicher Meldungen über militärische Zwischenfälle in Tschetschenien aussehen sollte, wurde nicht erläutert). Diese positive Stellungnahme erfolgte offenbar auch in der Erwartung, dass damit die Anschuldigungen, Georgien beherberge tschetschenische Terroristen, ein Ende finden könnten.

Sogar bei der Sicherheitskonferenz in München Anfang Februar spielte das Thema Pankisi-Tal eine Rolle: der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow wies unter Bezug auf Georgien

darauf hin, Russland könne nicht „Banden internationaler Terroristen“ entlang seiner Grenzen tolerieren. Sein Land wolle die 150 bis 200 tschetschenischen Kämpfer in der Schlucht festsetzen. Wenige Tage später forderte Iwanow dann sogar „eine Anti-Terror-Operation“ im Pankisi-Tal. Ein Eingreifen sei zwar eine „Sache des souveränen Georgiens“. „Aber sollen wir zuschauen, wie sich dort ein Mini-Tschetschenien oder ein Mini-Afghanistan entwickelt?“ wird der russische Minister von dpa zitiert.

Der georgische Sicherheitsminister Kaburzania musste im Februar eingestehen, dass der tschetschenische Rebellenführer Gelajew sich gelegentlich in Georgien aufhalte und dass tschetschenische Rebellengruppen durch Georgien nach Aserbaidschan und zurück pendelten. Überrascht reagierte der Sicherheitsminister aber auf russische Spekulationen, der weltweit gesuchte Terror-Chef Bin Laden halte sich im Pankisi-Tal auf. Hierzu lägen keine entsprechenden Hinweise vor, verlautbarte die georgische Seite, die jedoch verkündete, dass mehrere afghanische und jordanische Bürger beim Versuch, durch Georgien Richtung Westen zu reisen, verhaftet worden seien. Es habe sich jedoch nicht um Terroristen gehandelt.

Ähnlich wie der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow forderte dann auch Außenminister Igor Iwanow ein militärisches Vorgehen gegen mutmaßliche tschetschenische Rebellen im Pankisi-Tal des benachbarten Georgien. „Diese Brutstätte des Terrorismus muss liquidiert werden“, sagte er nach Angaben von Interfax. Russland sei bereit, Georgien dabei zu helfen.

Der Geschäftsträger der US-Botschaft in Tiflis, Philip Ramler, sprach von „Mudschahedin“, die sich aus Afghanistan in das georgische Tal abgesetzt hätten. Eine britische Zeitung hatte zuvor bereits über „Tausende Taliban-Kämpfer“ berichtet, die sich nach Georgien geflüchtet hätten.

Der georgische Präsident Eduard Schewardnadse wies die Berichte zurück. Die Gefahr im Pankisi-Tal gehe vor allem von Kriminellen aus. Tbilissi wolle jedoch mit den USA für eine Stabilisierung der Lage zusammenarbeiten, sagte Schewardnadse. „Georgien prüft aber nicht die Möglichkeit einer gemeinsamen Militäraktion mit Russland, denn dies ist unzulässig“. Er kündigte vielmehr eine genaue Registrierung der im Pankisi-Tal sitzenden Flüchtlinge noch im März an. Georgien werde ihnen aus moralischer Pflicht so lange helfen, wie sie blieben.

Parallel wurde von russischen Quellen gemeldet, die USA und Russland hätten bereits zwei Wochen zuvor einen gemeinsamen Aktionsplan für das Vorgehen im Pankisi-Tal ausgearbeitet. Im US-Außenministerium hieß es, die USA seien besorgt über die Situation in dem Tal. „Wir beraten mit den georgischen Behörden über die Lage wie auch über Gegenmaßnahmen“, sagte ein Diplomat. „Der Kampf gegen den Terrorismus geht weiter.“

Am 20. Februar meldete dpa unter der Überschrift „Jetzt auch in Georgien Jagd auf El-Kaida-Terroristen“, die USA wollten die Jagd auf Kämpfer der Terror-Organisation jetzt auf Georgien ausdehnen. Angehörige der US-Armee seien nach russischen Berichten zu einem

Anti-Terroreinsatz in der früheren Sowjetrepublik eingetroffen. Die US-Vorhut solle eine Operation im Pankisi-Tal an der Grenze zu Russland vorbereiten. Bei der kleinen Gruppe von US-Soldaten handele es sich um Militärberater oder Fernmeldetechniker.

„Russland und Georgien sollten dieses Terroristenzentrum im Pankisi-Tal gemeinsam vernichten“, sagte der russische Generalstabschef Anatoli Kwaschnin der Agentur Interfax. Einer Beteiligung der USA an einer möglichen Aktion gegen Terroristen in der Schwarzmeerrepublik Georgien erteilte er eine deutliche Absage. Er sehe dafür zur Zeit keinen Bedarf, sagte Kwaschnin.

Auch Vertreter des russischen Außenministeriums sprachen sich gegen einen Einsatz „Dritter“ im Pankisi-Tal aus. „Die Beteiligung einer dritten Partei in einem Gebiet, in dem es um bilaterale Beziehungen und Probleme geht, ist überhaupt nicht nötig“, zitierte die Nachrichtenagentur Interfax einen namentlich nicht genannten Diplomaten.

Gleichzeitig traf überraschend der Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB zu offiziellen Gesprächen mit Präsident Schewardnadse und seinem georgischen Kollegen in Tbilissi ein. Beobachter vermuteten einen Zusammenhang mit der Diskussion um einen eventuellen Einsatz im Pankisi-Tal. Ranghohe Mitarbeiter des russischen Verteidigungsministeriums bestätigten Gespräche mit US-Geheimdienstvertretern über die Lage im Pankisi. Die Beratungen würden jedoch nicht zu einer gemeinsamen Militäraktion in Georgien führen.

Nachdem sich die (weltweite) Aufregung über den Einsatz von US-Truppen

in Georgien gelegt hatte, stellte sich heraus, dass die USA nach der Visite einer fünfköpfigen Militärdelegation demnächst Georgien mit Ausbildern und Technik und nicht mit kämpfenden Soldaten bei der Bereinigung der Situation im Land zur Seite stehen. Der georgische Sicherheitsminister betonte, sein Land sei selbst in der Lage, mit den kleinen bewaffneten Gruppen im Pankisi-Tal fertig zu werden.

Sprecher des Pentagons bestätigten Pläne, im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus bis zu 200 Spezialkräfte nach Georgien zu verlegen. Eine Gruppe von 40 Militärexperten habe bereits im Februar eine „Bestandsaufnahme georgischer Sicherheitsbedürfnisse“ vorgenommen. Jetzt sollen die US-Spezialisten den Aufbau einer 600 Mann starken georgischen Antiterrorismuseinheit unterstützen, aber nicht selbst an Kampfhandlungen teilnehmen.

Zehn UH-1H Huey Hubschrauber waren bereits im November nach Georgien geliefert worden. Ein US-Ausbilder sowie weitere Zivilkräfte bilden seither georgische Militärpiloten an diesen Fluggeräten aus. Dieses Programm soll jetzt ausgeweitet werden.

Das US-Verteidigungsministerium begründet sein Eingreifen in Georgien mit zunehmenden Erkenntnissen, dass das Land zum Auffangbecken für El-Kaida-Mitglieder geworden sei, die im Pankisi-Tal Unterschlupf bei tschetschenischen Rebellen gefunden hätten. „Es existiert eine klare Verbindung zwischen den Tschetschenen und El Kaida“, sagte ein Offizieller in Washington. Die Georgier und die Russen sollten „voll konsultiert“ werden, so dass am Ende eine „koope-

native Anstrengung“ stehen werde. Auch die aserischen und armenischen Sicherheitskräfte sollen mit Hilfe des US-Militärs im Kampf gegen den Terror aufgerüstet werden.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums teilte mit, dass in einem internen Bericht über den weltweiten Terrorismus Georgien als Drehscheibe für das Eindringen von Kämpfern nach Tschechien genannt werde.

Moskau reagierte zwiespältig auf die neuen amerikanischen Pläne: einerseits sieht sich die russische Führung in der Behauptung bestätigt, der Krieg in Tschechien sei ein Kampf gegen den Terrorismus. Andererseits beobachtet der Kreml mit Sorge, dass die USA ihren Einfluss nun auch im südlichen Kaukasus ausdehnen. Die FAZ schildert die Sicht der Kritiker: „Sie betrachten einen Aufenthalt amerikanischer Soldaten im Nachbarland Georgien als unmittelbare Bedrohung der Sicherheit Rußlands, als Verlust eines weiteren Einflußpostens Moskaus in der ehemaligen Sowjetunion und als abermaligen Schritt Washingtons, um Rußland einzukreisen und von wichtigen Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaukasus und in Zentralasien abzuschneiden.“

Präsident Putin überraschte dann aber am Rand des informellen GUS-Gipfels in Kasachstan mit der deutlichen Aussage „Die Anwesenheit von amerikanischen Militärs ist keine Tragödie und wird auch keine sein. ... Wenn dies die mittelasiatischen Staaten dürfen, warum sollte dies dann Georgien nicht dürfen?“ zitierte Interfax Putin zur Frage der Anwesenheit von US-Einheiten in Georgien. Damit stellte sich der Präsi-

dent gegen seinen Außenminister, der noch am Tag zuvor gegen die Zusammenarbeit der Georgier mit den USA offiziell protestiert hatte. Putin kritisierte jedoch die Tatsache, dass der Kreml nur von amerikanischer und nicht von georgischer Seite rechtzeitig informiert worden sei.

Der Vorsitzende des russischen Parlamentsausschusses für auswärtige Beziehungen sprach von „feindseligen Handlungen“ Georgiens. Wenn sich US-Truppen in Georgien niederließen, werde die Duma (das russische Parlament) sich mit der Unabhängigkeit Abchasiens beschäftigen. Ein entsprechender „Hilferuf“ der Separatisten in Suchumi begleitete diese Aussage: Abchasien werde Russland zu „Assoziierungsbeziehungen“ auffordern, äußerte der „Regierungschef“ Abchasiens.

Präsident Schewardnadse bezeichnete die russischen Reaktionen als „reine Hysterie“.

Kommentatoren wiesen darauf hin, dass die Anwesenheit der US-Truppen auch zur Stabilisierung der Herrschaftsstrukturen in Tbilissi beitragen könne. Die „Westfalenpost“ (Hagen) wies auf die Befindlichkeiten Russlands hin: „Mit Recht mag man in Moskau nicht daran glauben, dass sich die US-Spezialeinheiten im Zweifel aus Kampfeinsätzen in Russlands unmittelbarem Einflussbereich heraushalten werden. Dies trägt nicht zur Stabilisierung der schwierigen Lage im Kaukasus bei, die durch den Tschechien-Krieg der Russen ohnehin gespannt ist. Der Weltpolitiker Amerika gehört hier nicht hin.“ Andere Stimmen sahen im US-Engagement einen historischen Schritt für Georgien und seine

Unabhängigkeit: Russland habe mit seinem monatelangen Geschrei, Georgien unterstütze den Terrorismus, ein Selbsttor geschossen und den Einsatz der USA im Kampf gegen den Terror damit provoziert. Die „Süddeutsche Zeitung“ am 01. März: „Amerikas Kunststück lag darin, den Kreml dahin zu bringen, gleichsam selbst um amerikanisches Militär zu bitten – und weil Moskau genau dies tat, knirscht man dort gar so vernehmlich mit den Zähnen.“ Der Kreml habe einen folgenschweren Fehler gemacht, als er unterstellte, Bin Laden selbst habe Zuflucht im Pankisi-Tal gefunden. Dies erlaube auch Rückschlüsse auf die US-Absichten im Zuge der Terrorbekämpfung, nämlich Russlands Einfluss im so genannten „nahen Ausland“ (dem Gürtel ehemaliger Sowjetrepubliken) zurückzudrängen. In Georgien – so sieht es die Süddeutsche – „sind die USA diesem Ziel einen großen Schritt näher gekommen“. Die „taz“ bemerkt: „Es mag in den Ohren vieler Russen zynisch klingen, doch der Kreml dürfte über die Intervention der USA froh sein. Denn mit der Ruhe an der empfindsamen Südgrenze wächst auch die Sicherheit für das Mutterland.“

Um das vorgeblich eigentliche Ziel jedenfalls, Terroristen zu bekämpfen, kümmerte sich kaum noch jemand. Die „Berliner Zeitung“ warf am 28. Februar die Frage auf, wie es einer beträchtlichen Zahl „von Taliban und El-Kaida-Kämpfern“ gelingen konnte, die mehr als 2.000 Kilometer Entfernung zwischen Afghanistan und dem Kaukasus völlig unbemerkt zurückzulegen? Wer hat ihnen geholfen? Wo fanden die Terroristen noch Unterschlupf?“ „Die Zeit“

bemerkte Anfang März: „Bin Laden dürfte, wenn er je dort gewesen ist, längst das Weite gesucht haben“.



Das Mandat der in der georgisch-abchasischen Konfliktzone stationierten GUS-Friedenstruppe (die ausschließlich aus russischen Einheiten besteht) lief am 31.12.2001 aus, ein Abzug der Truppe fand aber trotz eines entsprechenden Beschlusses des georgischen Parlaments nicht statt. Präsident Schewardnadse, der noch im Oktober das Parlament zu diesem Beschluss animiert hatte, stellte klar, dass er nicht daran denke, Russland zum Abzug seiner Truppe (mit 1.715 Mann, 133 gepanzerten Fahrzeugen, 231 sonstigen Fahrzeugen, 30 Mörser-einheiten und 4 Hubschraubern) aufzufordern. Das georgische Außenministerium verlautbarte dagegen, die Regierung denke nicht daran, das Mandat der Truppe zu verlängern.

Sowohl im Grenzgebiet zu Abchasien als auch in der Hauptstadt Tbilissi kam es im Januar häufig zu Demonstrationen und tagelangen Straßenblockaden, vor allem durch georgische Flüchtlinge aus Abchasien und „Partisanen“. Sie forderten entweder den Abzug der Friedenstruppe oder deren Verlegung tiefer nach Abchasien hinein. Zeitweise waren sämtliche Übergänge zwischen Georgien und Abchasien (am Fluss Enguri) blockiert, so dass auch die Fahrzeuge der UN und der russischen Friedenstruppe nicht passieren konnten. Der Vorsitzende des abchasischen Exilparlaments wies darauf hin, dass die Friedenstruppe es in den letzten acht Jahren nicht verhindert habe, dass mehr als 1.700 Zivilisten getötet worden seien.

Schewardnadse wies immer wieder darauf hin, dass nach einem Abzug der GUS-Friedenstruppe mit neuen Unruhen gerechnet werden müsse, weshalb er nach einem Ersatz für die russischen Truppen suche. Mit den GUS-Soldaten würden auch die unbewaffneten UNO-Beobachter abziehen, die den Waffenstillstand überwachen. Außerdem hätten auch die mit Georgien befreundeten Staaten Bedenken gegen einen solchen Rückzug geäußert. Die UN und viele Länder seien zudem wegen ihres Engagements in der weltweiten Terrorbekämpfung nicht in der Lage, andere Truppen anzubieten. Lediglich die Ukraine habe ihre Bereitschaft erklärt, Truppenkontingente für eine Friedenstruppe in der Region abzustellen. Er arbeite auf eine Änderung des Einsatzgebietes und des Auftrages der bestehenden Truppe hin, die die Sicherheit rückkehrwilliger georgischer Flüchtlinge sicherstellen soll. Entsprechende Verhandlungen mit Russland begannen noch im Januar. Schewardnadse brachte auch seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sein neuer persönlicher Beauftragter für die Abchasien-Frage, Aslan Abaschidse, Fortschritte aushandeln werde. Auch dieser sprach sich gegen einen Abzug der GUS-Truppen aus, sie seien die einzigen, die einen erneuten Krieg in Abchasien verhindern könnten.

Der Beschluss des georgischen Parlaments, wonach die Truppe abgezogen werden sollte, hat nach Meinung von Schewardnadse aber positive Auswirkungen gehabt, da erst danach die russische Seite eine konstruktivere Haltung in dieser Frage angenommen habe. Der russische Präsident Putin habe reagiert

und ebenfalls einen persönlichen Beauftragten für die Konfliktlösung benannt.

Spannungen gab es zwischen Georgien und der Regierung des abtrünnigen Gebietes Abchasien auch wegen der im Kodori-Tal stationierten georgischen Truppen. Seit den Unruhen und dem Abschuss des UN-Hubschraubers im Oktober hatte die georgische Armee das Tal, das zu Abchasien gehört, aber nicht von den dortigen Machthabern kontrolliert werden konnte, mit zusätzlichen Einheiten besetzt, um die dort lebende georgische Bevölkerung (etwa 3.000 Menschen) zu schützen. Dies verstößt jedoch gegen den Waffenstillstandsvertrag von 1994. Der georgische Verteidigungsminister weigerte sich öffentlich, den 350 Soldaten den Rückzugsbefehl zu erteilen. Er befürchte, dass dann abchasische Truppen in das Tal einrücken würden, sagte er. Dennoch stimmte die Regierung einem unter Führung der UN zustande gekommenen Abkommen zu, das einen Rückzug der kürzlich stationierten georgischen Truppen aus dem Tal vorsieht. Im Gegenzug müssen sich die Abchasen ebenfalls weiter zurückziehen.

Angeblich unter dem Schutz der russischen Friedenstruppe nahmen abchasische Truppen Mitte Januar acht georgische Bewohner der entmilitarisierten Grenzregion fest. Später wurde die vorübergehende Festnahme einer Gruppe georgischer Journalisten registriert.

Im UN-Weltsicherheitsrat wurde dagegen von deutlichen Fortschritten bei der politischen Lösung des Konfliktes berichtet. So wurde endlich das seit Monaten blockierte gemeinsame Grundsatzpapier verabschiedet, das von einem

Verbleib Abchasiens im georgischen Staatswesen ausgeht. Die UN forderten Georgien jedoch zum Rückzug aus dem Kodori-Tal auf, was dort wiederum mit Empörung quittiert wurde. Das Mandat der unbewaffneten UNOMIG (UN-Beobachtermission) und der russischen Friedenstruppe in der Waffenstillstandzone wurde von der UNO bis 31. Juli 2002 verlängert. Der russische Außenminister Iwanow unterstrich in diesem Kontext, dass das „abchasische Problem nur unter Berücksichtigung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit Georgiens“ gelöst werden könne.

Präsident Schewardnadse, der sich am 3. Februar Vertretern der Demonstranten in einer Diskussion stellte, wies darauf hin, dass der Auftrag der Friedensgruppe ausgeweitet worden sei, außerdem habe sich Russland international für die staatliche Einheit Georgiens ausgesprochen. Die UN hätten zudem die georgischen Sorgen um die Sicherheit des Kodori-Tals ernst genommen und sich verpflichtet, hierfür stärker tätig zu werden. Dies habe seine Position in der Frage der russischen Friedenstruppe verändert. Er sah in der Entschließung des UN-Sicherheitsrates eine „historische Resolution“.

Doch die Worte des Präsidenten erzielten nicht die gewünschte Wirkung, die Proteste wurden aggressiver und die Zahl der Demonstranten wuchs. Von der enttäuschten Masse wurde das Gespräch mit Schewardnadse als völlig unproduktiv bezeichnet. Studenten aus der Hauptstadt schlossen sich den Protesten im Westen des Landes an.

Auch die Separatisten-Führung in Suchumi reagierte „nicht sehr positiv“

auf die UN-Resolution, wie Dieter Boden, der UN-Beauftragte für den Abchasien-Konflikt eingestehen musste. Dieser organisierte dann Mitte Februar eine Reise des georgischen Staatsministers Dshorbenadse nach Suchumi, bei der ein Gespräch mit dem abchasischen „Premierminister“ Dshergenja auf dem Programm stand. Anschließend traf Dshorbenadse sich mit den seit drei Wochen ununterbrochen am Grenzfluss Enguri demonstrierenden Menschen. Er handelte mit den Protestierern eine dreimonatige Unterbrechung der Blockade aus, in denen das Mandat der russischen Friedenstruppen verändert werden soll.

Im Kodori-Tal blieben dann Grenztruppen und Polizei der georgischen Regierung stationiert, die Sondereinheiten der Armee aber wurden abgezogen.

Zu einem „Flüchtlings-Kongress“ versammelten sich Mitte Februar 11.000 Teilnehmer in Tbilissi. Zahlreiche Politiker und Prominente besuchten den Kongress, nicht jedoch Präsident Schewardnadse und sein persönlicher Abchasien-Beauftragter Aslan Abaschidse. Der Kongress forderte eine rasche Lösung des Abchasien-Problems und billigte mehrheitlich die Bemühungen Abaschidses, einen friedlichen Ausweg zu finden.

Die bereits Ende letzten Jahres laut gewordene massive Kritik an Dieter Boden, dem Beauftragten der UN für Abchasien, wurde zu Jahresbeginn in Georgien immer lauter. Der frühere georgische Parlamentspräsident Schwania nannte die Kritik an Boden „lächerlich“, der Deutsche sei ein guter Diplomat. Auch Präsident Schewardnadse zeigte sich mit der Arbeit der UN-Mission

unter Leitung von Dieter Boden zufrieden.

Immer wieder tauchten auch Spekulationen über den Gesundheitszustand des abchasischen „Präsidenten“ Ardsinba auf, der an einer nicht bekannten, aber schweren Krankheit leide und wiederholt in Moskau Krankenhäuser aufsuchte.



In der von Georgien abtrünnigen Provinz Südossetien herrscht eine neue Führungsmannschaft: „Präsident“ wurde der 37jährige Unternehmer und frühere Boxer Eduard Kokojew, „Premierminister“ ist Gerasim Kugajew. Der neu ernannte „Präsident“ lehnte jegliche Verhandlungen mit der georgischen Regierung über den politischen Status von Südossetien ab, da das Land seine Unabhängigkeit längst erreicht habe.



Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) will sich mit 400.000 \$ an der Beseitigung von Altlasten auf den ehemals russischen bzw. sowjetischen Militärstützpunkten in Georgien beteiligen. Dies ist nach Angaben des georgischen Außenministeriums das erste Projekt dieser Art in Georgien. Bisher hatte nur die georgische Eisenbahngesellschaft zwei Mio. \$ von der OSZE für ihre Transportleistung beim Abzug der Russen von der Basis Wasiani erhalten.



Trotz der im letzten Spätherbst vorgenommenen Kürzung des Haushalts 2001 um 164 Mio. Lari musste der georgische Finanzminister am Jahresende ein weiteres Haushaltsloch von 87 Mio. Lari eingestehen. Allein im Dezember fehl-

ten mehr als 20 % der geplanten Einnahmen im Staatssäckel.



Der Entwurf des Haushaltsplans 2002, dessen Beratung Ende September auf Initiative von Staatsminister Dshorbendse im Parlament vertagt worden war, sah in der Version von Ende Januar 2002 1,0398 Mrd. Lari (0,52 Mrd. EUR) Einnahmen und 1,2595 Mrd. Lari Ausgaben (0,65 Mrd. EUR) vor (zum Vergleich: der kleine Inselstaat Zypern mit rd. 650.000 Einwohnern will in diesem Jahr 2,335 Mrd. Zypern-Pfund (=4,086 Mrd. EUR) ausgeben und 1,736 Mrd. Zypern-Pfund (= 3,038 Mrd. EUR) einnehmen, das Bundesland Saarland mit 1 Mio. Einwohnern, ohne Armee, diplomatischen Dienst und Schutz von Außengrenzen verfügt 2002 über einen Haushalt mit 3,374 Mrd. EUR Ausgaben und Einnahmen von 2,774 Mrd. EUR; die Landeshauptstadt Hannover mit etwas mehr als 0,5 Mio. Einwohnern plant für 2002 Ausgaben von 1,91 Mrd. EUR).

Kalkuliert wurden die Zahlen auf der Basis eines 5%igen Wachstums der georgischen Wirtschaft, einer Inflation von 4,5 bis 5,5 % und einer Lari-Relation zum US-\$ von 2,15 bis 2,2.

Im Parlament übertrafen sich die meisten Gruppierungen mit Anträgen auf Mehrausgaben: die Bürgerunion wollte 140 Mio. Lari mehr, um rückständige Gehälter und Renten auszuzahlen, andere beantragten eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, wieder andere wollten die Lehrergehälter erhöhen, die Unternehmerpartei 50 Mio. Lari zur Förderung der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen bereitstellen. Obwohl es von allen Seiten Kritik am Etat-

entwurf 2002 hagelte und die Experten ihn einstimmig als unzureichend ansahen, wurde er ohne große Veränderungen am 18. Januar mit 132 zu 21 Stimmen im Parlament in erster Lesung angenommen. Die Diskussionen gingen jedoch ungebremst weiter. Letztlich wurde am 31. Januar dann mit 143 zu 20 Stimmen im Parlament ein Etat beschlossen, der wegen Mehrausgaben nicht mehr den Vorgaben des IWF entspricht. Um eine so breite Zustimmung im Parlament zu erreichen, waren zahlreiche Ausgabenerhöhungen beschlossen worden, um die jeweiligen Forderungen der Politiker zu befriedigen. Außerdem hatte Staatsminister Dshorbenadse persönlich die Verantwortung für den Vollzug des Haushalts übernommen. Einzig die Radikalreformer um den früheren Justizminister Saakaschwili und einige Abgeordnete der Bürgerunion blieben bei ihrer ablehnenden Haltung.

Präsident Schewardnadse reagierte mit einer persönlichen Entscheidung auf die andauernden Proteste der Lehrer gegen ihre niedrige Bezahlung und versprach, ab dem 1. September die Gehälter dieser Gruppe um 30 % anzuheben.



Georgien hat nach den Worten des neuen Staatsministers Dshorbenadse die Absicht, die Zusammenarbeit mit dem Internationale Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) weiter zu vertiefen. Er werde den Inspektoren des IWF vorschlagen, gemeinsam mit der WB ein Programm zur Modernisierung der Staatsverwaltung zu entwickeln, das einen Personalabbau von 30 % und eine entsprechende Erhöhung der Gehälter der verbleibenden Bediensteten bein-

halten sollte. Außerdem gehe er die Mobilisierung von Einnahmen in den Bereichen Tabak und Mineralölwirtschaft mit höchster Priorität an. Mit den dadurch erzielten Einnahmen sollten kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden.

Der IWF soll angeblich bereit sein, über das bisher vorgesehene Maß hinaus Gelder für Georgien bereit zu stellen, sofern das Land die vereinbarten Auflagen erfüllt. Statt 48 sollen nun 60 Mio. \$ bereitstehen, die aber insbesondere davon abhängig sind, dass Ordnung in die Finanzwirtschaft des Staates und die Elektroenergiewirtschaft kommt. Dazu gehört auch eine Regelung der Energieschulden bei Russland (44 Mio. \$), Armenien (4,5 Mio. \$) und Aserbaidschan (6 Mio. \$). Von den russischen Forderungen wurden bisher nur 16 Mio. US-\$ anerkannt, der Rest sollen Rechnungen für die abtrünnigen Gebiete Südossetien und Abchasien sein. Außerdem hängt die IWF-Förderung von der Auflage ab, den Export von Metallschrott wieder zuzulassen, gegen den sich das Parlament mit Vehemenz wehrt, das das bisher zeitlich begrenzte Exportverbot sogar ausdrücklich verlängern möchte, um das weitere Ausplündern des Landes zu verhindern. Weitere Forderungen des IWF richten sich auf die vertragliche Bindung von unregulierten Auslandskrediten.

Probleme gibt es beim Programm der WB zur Sanierung der Straßen-Infrastruktur in Georgien: das auf vier Jahre angelegte Projekt zur Verbesserung von 740 km Überlandverbindungen wurde mit einem Kostenrahmen von 55 Mio. \$ verabschiedet, jedoch schafft es die ge-

orgische Seite offenbar nicht, die vereinbarten 15 Mio. \$ Eigenanteil beizusteuern.

Auch im Projektbereich „Sanierung der Energiewirtschaft“ droht den Georgiern Ungemach: die WB teilte mit, dass die rund 100 Mio. \$, die für die Restrukturierung des Energiesektors zur Verfügung ständen, nicht ausgezahlt würden, so lange die organisatorischen Probleme in der georgischen Energiewirtschaft fortbeständen. Kritik gab es vor allem an der Tatsache, dass nur 10 % der Stromrechnungen bezahlt würden und die Verluste der Energieversorger sich auf jährlich rund 100 Mio. \$ addierten. Die Weltbank fordert die Privatisierung der regionalen Stromversorger (bisher sind nur Tbilissi und Kachetien privatisiert), die zu diesem Zweck zu einem Gemeinschaftsunternehmen zusammen geschlossen werden sollen. Andererseits sperrten sich zahlreiche Abgeordnete im georgischen Parlament dagegen, den Forderungen der WB nachzugeben.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wird im Jahr 2002 insbesondere Infrastrukturprojekte zur weiteren Entwicklung des TRACECA-Projektes (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia) finanzieren. Allein 9,2 Mio. \$ sollen in Baumaßnahmen im Hafen von Poti fließen. Für die Verbesserung der Eisenbahnverbindung zwischen Georgien und Aserbaidschan sollen gar 20 Mio. \$ bereit gestellt sein.



Die Europäische Union will die Reformen im georgischen Zollsystem mit 1 Mio. EUR aus dem TACIS-Programm unterstützen. Auch die USA haben 900.000 \$ für ein solches Projekt ange-

kündigt. Aus Amerika sind in den letzten drei Jahren 20 Mio. \$ für den Aufbau einer modernen Zollverwaltung geflossen.

Mit Unterstützung des UN-Hilfsprogramms und niederländischer Gelder soll das Finanzsystem des Landes modernisiert werden. Mehr als 1 Mio. \$ stehen dafür in 25 Monaten zur Verfügung.

Eine weitere Million \$ soll im Rahmen des TACIS-Programms für Reformen im georgischen Strafvollzug fließen.



Mit Armenien wurde im Februar ein Abkommen zur Umschuldung der 19,6 Mio. \$-Forderung des südlichen Nachbarn an Georgien geschlossen. Demnach sinkt der Zinssatz von derzeit 20 auf 3 %, die Laufzeit des Kredits wurde auf 20 Jahre verlängert.

Insgesamt scheint die Regulierung der Auslandsschulden, die der Regelung des „Pariser Clubs“ unterliegen, voran zu kommen. Finanzminister Nogaideli teilte mit, dass bereits mit Österreich, Aserbaidschan, China, den Niederlanden, der Türkei, Usbekistan und der Ukraine entsprechende Abkommen geschlossen werden konnten. Auch über die russischen Forderungen in Höhe von 156,8 Mio. \$ wurde noch im Februar ein neuer Vertrag zu günstigeren Konditionen geschlossen. Außerdem sollen demnächst neue Kreditregelungen mit dem Iran, Kasachstan und den USA vereinbart werden. Einzig Turkmenistan weigert sich, die für Georgien günstigen Konditionen anzuerkennen, weshalb die turkmenischen Forderungen (noch immer rund 300 Mio. \$) nun durch Warenlieferungen einer Zuckerfabrik re-

duziert werden sollen. Hierzu hat Präsident Schewardnadse der Fabrik aus seinem persönlichen Fonds 11 Mio. Lari zur Verfügung gestellt.



Die georgische Korruption gefährdet nach einer Untersuchung der Weltbank die Wirtschaft Armeniens. Da das Land durch den Krieg mit dem Nachbarn Aserbaidshan und seine alte Feindschaft mit dem Nachbarn Türkei nur durch Georgien Waren ein- und ausführen könne, sei es bei allen Transporten auf die Wege durch Georgien angewiesen. Hier machten aber eine schwache Organisation, hohe Tarife und die allgegenwärtige Korruption die ersten wenigen Hundert Kilometer zu den teuersten. So kosteten die ersten 700 km eines Transports nach Moskau 80 % des Gesamtpreises.

In einem Beitrag der Neuen Zürcher Zeitung vom 14. Februar wird der Direktor des Forschungsinstituts für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften Georgiens und Professor für Rechtstheorie und Verfassungsrecht an der Universität Tbilissi, Georg Chubua, mit der Aussage zitiert, das größte Hindernis auf dem Weg zu einem funktionierenden demokratischen System stelle Georgiens ausgeprägter Zentralismus in Verbindung mit einer „zur Kleptokratie neigenden pervertierten Verwaltung“ dar.



Der vom Präsidenten eingesetzte Gouverneur der überwiegend von armenisch-stämmiger Bevölkerung bewohnten Region Samzche-Dshawachetien, Baramidse, reichte Ende Januar seinen Rücktritt ein. Er hatte unter Alkoholeinfluss den Vorsitzenden des Parlaments

der Stadt Achalziche verprügelt. Präsident Schewardnadse hatte den wegen seiner harten Vorgehensweise gegen die Armenier berichtigten Gouverneur bisher stets in Schutz genommen.

Einige Tage später verlor auch der Gouverneur der Region Mzcheta-Mtianeti, Koba Butschukuri, seinen Posten. Er war in einer Kabinettsitzung der Abgabe einer fehlerhaften Eigentumserklärung bezichtigt und daraufhin für viele überraschend von Präsident Schewardnadse entlassen worden. Sein Nachfolger wurde Armas Schamanauri. Von einer „politischen Entscheidung“ war dann häufig die Rede, da Schewardnadse nicht auf offensichtlich kriminelle Vorfälle reagierte, sondern auf Formalien. Butschukuri gilt als enger Vertrauter des ebenfalls in Ungnade gefallenen ehemaligen Parlamentspräsidenten Schwania.

Schewardnadse kündigte weiteren zwölf Gouverneuren ihren Posten – offiziell wegen Nichterfüllung der Verpflichtung, die Staatseinnahmen plangemäß abzuwickeln. Kritiker sahen darin jedoch eher eine politische Strafaktion, da die meisten der Entlassenen mit dem in Ungnade gefallenen Surab Schwania in Verbindung stünden. Außerdem habe beispielsweise der ebenfalls entlassene Gouverneur in Oni weniger Steuern beizubringen als ein Restaurant in Tbilissi.



Nach der verheerenden Explosion (Ende Dezember) im Kraftwerk von Tbilissi, bei der Block 10 völlig zerstört und Block 9 schwer beschädigt wurde, war das Land erneut in großem Maß von Stromimporten aus den Nachbarländern Russland (300 MW), Armenien

(80, später 130 MW) und Aserbaidzhan (50 bis 100 MW) abhängig. Prompt musste dann am 8. Januar die Überlandleitung von Russland nach Georgien (300 MW Kapazität) außer Betrieb genommen werden, nachdem im Hochgebirgsabschnitt ein zunächst nicht zu findender Defekt (vermutlich durch einen Lawinenabgang) eingetreten war. Danach wurde die Zuführung von Elektroenergie über Aserbaidzhan auf 120 MW erhöht, was jedoch den Ausfall nicht komplett kompensieren konnte. So blieb die Lage gespannt, ganze Teile des Landes und der Hauptstadt versanken – wie so oft in den letzten Jahren – in Dunkelheit.

Die Betreibergesellschaft des Tbilisser Kraftwerks, AES-Mtkwari, dementierte Presseberichte und Äußerungen von georgischen Offiziellen, wonach es sich bei der Explosion um einen Sabotageakt gehandelt habe. Block 9 ging Ende Januar mit 150 MW Leistung wieder ans Netz, ebenso wurde der noch aus sowjetischer Zeit stammende Block 8 mit 120 MW wieder angefahren. Außerdem wurden über die reparierte Hochspannungsleitung aus Russland 250 MW bezogen. Tbilissi allein benötigt aber etwa 700 MW für eine stabile Stromversorgung, so dass nur 60 % der Stadtbezirke wirklich rund um die Uhr Strom hatten.

Schewardnadse wies in einer seiner obligatorischen Montags-Radioansprachen daraufhin, dass das Land ohne funktionierende Energieversorgung keine wirkliche Unabhängigkeit erreichen werde. Georgien verfüge jedoch über ein enormes Potenzial zur Energieerzeugung, das sogar ausreiche, um kurzfristig Elektrizität exportieren zu können.

Ein spanisches Konsortium unter Führung der Iberdrola hat die Ausschreibung zur Übernahme der Stromversorgung in den ländlichen Regionen Georgiens gewonnen. Angeblich ist der damit befasste frühere georgische Staatsbetrieb, dem immer wieder Korruption und Misswirtschaft vorgeworfen wurde, mit 200 Mio. \$ verschuldet. Schuld daran sollen auch die nur zu 20 % bezahlten Rechnungen der Verbraucher sein. Der Betrieb der Überlandleitungen in Georgien soll in den kommenden fünf Jahren von dem irischen Staatsunternehmen ESB überwacht werden.

Neue Belastungen für die Bürger der Hauptstadt bringt auch die seit Jahren andauernde Misswirtschaft in der Wasserversorgung mit sich. Um auf die angestrebte Privatisierung vorbereitet zu sein (die Weltbank hat der Stadt Tbilissi einen 25 Mio. \$-Kredit in Aussicht gestellt, wenn zuvor ein privater Partner am Wasserbetrieb beteiligt wird), soll jetzt der seit 1996 geltende Wasserpreis verdoppelt werden. Für Verbraucher mit Wasserzählern soll er 4 Tetri / m³ betragen, für Wohnungen ohne Wasseruhr 1,20 Lari / Bewohner pauschal im Monat.

Die städtischen Wasserwerke haben angeblich aber Kosten von 14,75 Tetri / m³ Frischwasser, die Differenz wird (als Defizituweisung) aus dem städtischen Haushalt beglichen. Dieser übernimmt auch die Kosten für einen reduzierten Wasserpreis, der Behinderten, den Hinterbliebenen der Opfer des 9. April 1989 und den Weltkriegsveteranen gewährt wird.

Ursache der teuren Wasseraufbereitung sind offenbar erhebliche Verluste im Leitungsnetz, das seit Jahren nicht

mehr ordnungsgemäß gewartet wird. Das Wasserwerk liefert pro Haushalt 900 Liter täglich aus, tatsächlich verbraucht werden aber nur 220 Liter pro Haushalt. Ein Vertreter der Grünen Partei bemerkte hierzu, dass die Stadt statt die Wasserverluste im Netz zu reduzieren lieber die Preise erhöhe.

In Rustawi wurde unterdessen der Notstand in der Wasserversorgung ausgerufen. Es durfte nur noch abgekochtes Wasser benutzt werden. Durch den Ausfall des zentralen Pumpwerks (als Folge eines Ausfalls der Stromversorgung) hatten sich Keime in den Leitungen gebildet. Erst vor fünf Jahren waren durch unreines Trinkwasser in Rustawi mindestens 1.600 Menschen erkrankt.

Auch in Poti steht unsauberes Trinkwasser im Verdacht, Krankheiten ausgelöst zu haben. Durch die Hafenstadt rollte eine Hepatitis-Welle, die in nur zwei Wochen mehr als 100 Erkrankungen hervorrief.



Die neue Vorsitzende des georgischen Parlaments, Nino Burdshanadse, stattete dem Europarat in Straßburg Ende Januar einen Besuch ab und erörterte zahlreiche Themen, die zwischen dem Gremium und Georgien anstehen. Insbesondere die Frage der Wiederansiedlung der Mes'cheten, die zu Stalins Zeiten aus Georgien umgesiedelt worden waren, stelle ein großes Problem dar, unterstrich Burdshanadse. Georgien sei mit der Bewältigung der Last von mehr als 300.000 Flüchtlingen im eigenen Land schon arg in Not und habe derzeit keine Möglichkeiten, die eingegangene Verpflichtung zur Integration der Mes'cheten zu erfüllen.

Zuvor hatte Burdshanadse Georgien schon bei einem GUS-Treffen in Moskau vertreten.



Eine Delegation des deutschen Auswärtigen Amtes hielt sich Anfang Januar in Tbilissi auf, um über die Weiterentwicklung der Beziehungen mit Georgien zu beraten. Auch ein Besuch in der abchasischen Hauptstadt Suchumi stand dabei auf dem Programm. Im Februar besuchte erneut eine deutsche Diplomaten-delegation Tbilissi und Suchumi. Damit sollten die Bemühungen des UN-Abchasischen-Beauftragten Boden unterstützt werden. Auch der deutsche Botschafter in Georgien, Uwe Schramm, schaltete sich in die Gespräche zur Lösung des Abchasischen-Problems ein.

Die Zusammenarbeit zwischen dem georgischen Grenzschutz und dem deutschen Bundesgrenzschutz soll intensiviert werden. Ebenso gab es Kontakte zum Bundesgerichtshof und zum Generalinspekteur der Bundeswehr.

Deutsche Tourismusexperten sollen im Rahmen des TACIS-Programms der Europäischen Union einen Entwicklungsplan für den Fremdenverkehr in Georgien erarbeiten. 200.000 EUR wurden hierfür genehmigt.

Georgische Studenten der Agrarwirtschaft sollen im Rahmen eines von der GTZ im Auftrag der deutschen Bundesregierung durchgeführten Programms einen Teil ihres Studiums in Deutschland absolvieren.

Mit 2,556 Mio. EUR aus der Kaukasus-Initiative der Bundesregierung will Deutschland seine Hilfe zur Bekämpfung der Tuberkulose in Georgien fortführen. Mit dem Geld, das über die

Kreditanstalt für Wiederaufbau ausbezahlt wird, sollen insbesondere Medizin und Labortechnik geliefert werden.



Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat ihre Beobachtermission an der georgisch-russischen Grenze zum Jahresbeginn ausgedehnt. Neben der seit zwei Jahren bereits bestehenden Grenzüberwachung zu Tschetschenien erfolgt nun auch eine Kontrolle des Grenzabschnitts zu Inguschetien.



Richard Miles wird neuer Botschafter der USA in Georgien. Zuvor hatte er Dienststellen in Sofia, Belgrad, Moskau, Baku, Leningrad und Berlin.



Die Gespräche zwischen dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz / Roten Halbmond und Georgien sind wieder in Gang gekommen. Die Hilfsorganisation hatte wegen eines Korruptionsskandals die Zusammenarbeit mit der nationalen georgischen Rot-Kreuz-Organisation abgebrochen. Im Januar empfing Parlamentspräsidentin Burdshanadse den Vorsitzenden des Internationalen Roten Kreuzes, um über die Fortsetzung der umfangreichen Hilfsmaßnahmen der Organisation zu verhandeln.



Die Beratungen über ein neues Medienrecht in Georgien sind einen Schritt vorangekommen. Vor mehr als einem Jahr hatte die Diskussion um ein neues Rundfunkgesetz hohe Wellen geschlagen, seither war eher im Stillen weiter gearbeitet worden. 67 von 68 Fernseh- und Radiounternehmen stimmten nun einer Vorlage zu, die keine Quotierung

für zu sendende georgische Produktionen vorsieht. In der Ursprungsversion des Gesetzes war eine Quote von 50 % genannt worden. Jetzt liegt das Gesetz dem Parlament zur Verabschiedung vor.

Wirtschaft

Mit dem Jahreswechsel fiel der Wert des Lari im Verhältnis zum US-\$ kräftig von 2,06 Lari für 1 \$ am 28.12.2001 auf 2,225 am 09. Januar. Anschließend erholte er sich nur leicht und lag damit unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes, um im Februar wieder auf das niedrige Niveau von 2,224 abzustürzen.

Der Handel mit Euro begann nur zögernd, da die neue Währung teilweise parallel mit den alten europäischen Währungen gehandelt wurde. Eine erste offizielle Festsetzung lag bei 1,9229 Lari für 1 EUR.

Die georgische Nationalbank tauschte zu Jahresbeginn etwa 30 % ihrer Währungsreserven im Wert von 159 Mio. \$ in EUR um. 70 % der Reserven werden in US-\$ gehalten.



Ende Februar wurde das von chinesischen Investoren errichtete Wasserkraftwerk in Ostgeorgien (Achmeta/Pankisi) mit Granaten beschossen. Bereits im letzten Jahr war eine in der Nähe des Kraftwerks neu errichtete Brücke von Unbekannten gesprengt worden. Nun soll das Kraftwerk von georgischen Spezialeinheiten geschützt werden.

Die chinesischen Investoren bauen dennoch weitere Kraftwerke in Georgien: sowohl am Fluss Chelti in der Region Kwareli als auch am Alasani in Kachetien entstehen kleine Wasserturbinen.

Das georgische Bauministerium selbst investiert auf einer ehemaligen russischen Militärbasis in der Nähe von Osurgeti fast 30 Mio. \$ in ein 54-MW-Wärmeleistungswerk. Insgesamt sollen auf dem 100 ha großen Areal mehrere Kraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 300 MW entstehen. Projektpartner ist das französische Großunternehmen Alstom, technischer Auftragnehmer des ersten Projektabschnitts ist der deutsche Anlagenbauer MAN / GHH Borsig.



Die Inflation in Georgien hat nach ersten Schätzungen im Jahr 2001 die Marke von 3,4 % erreicht, das Bruttosozialprodukt sei um 4,5 % auf 6,51 Mrd. Lari gestiegen (nach 1,9 % Anstieg im Vorjahr).

Der georgische Außenhandel (2001 mit 115 Ländern; 1994 noch 55 Länder) erreichte nach vorläufigen amtlichen Angaben 1,004 Mrd. \$ (+ 2,4 %), das Außenhandelsdefizit soll aber durch einen erhöhten Import auf 684,1 Mio. \$ um 20,6 % gewachsen sein. Als Gründe wurden von offizieller georgischer Seite die Abkühlung des Weltwirtschaftsklimas und die Wirtschaftskrise in der Türkei genannt. Wichtigste Handelspartner waren die Türkei, Russland und die Ukraine. Exportiert wurden Waren im Wert von 320 Mio. \$, vor allem Aluminiumgrundstoffe, Dünger, Metallschrott und Nüsse, Mineralwasser und Wein.

Offenbar ist auch das Defizit Georgiens im Agrarsektor gestiegen. Wie das Landwirtschaftsministerium mitteilte, seien Waren im Wert von 139 Mio. \$ importiert (meist Fleisch, Mehl, Fisch, Pflanzenöl und Margarine), aber nur für

82,5 Mio. \$ (vor allem Tee, Nüsse, Margarine, Wein, Bier, Wasser und Fisch) exportiert worden. Die Getreideernte des Jahres 2001 war hingegen ein großer Erfolg: sie stieg um 71 % auf 700.000 Tonnen an. Auch die Produktionszahlen in der Lebensmittelindustrie zeigten steil nach oben: insbesondere bei Tee, Brandy und in der Getränkeindustrie sei der Ausstoß enorm gesteigert worden.

Die industrielle Produktion in Georgien ist im vergangenen Jahr nach offiziellen Angaben um 4,8 % auf 977 Mio. Lari gesunken. Dies wurde vor allem auf die Ausfälle im Energiesektor zurückgeführt, der alleine 12,1 % verlor.

Im letzten Jahr wurden 94.900 Tonnen Öl in Georgien gefördert, seit 1995 damit insgesamt 650.000 Tonnen.

Die Überweisungen aus dem Ausland nach Georgien sollen sich im vergangenen Jahr auf fast 570 Mio. \$ belaufen haben. In umgekehrter Richtung flossen nur 11,5 Mio. \$. Die größten Summen wurden aus den USA und Russland überwiesen. Grund hierfür dürfte die starke Auswanderung aus Georgien in wirtschaftlich stärkere Länder sein.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsplätze wurde mit 1,89 Mio. angegeben, die der Arbeitslosen mit 244.100.

Bei 1.937 statistisch erfassten Verkehrsunfällen (+229) wurden 558 Menschen getötet und 2.370 verletzt. Mehr als die Hälfte aller Unfälle ereigneten sich in der Hauptstadt Tbilissi.



In der Fahrzeugfabrik in Kutaisi sollen zukünftig von einem georgisch-indischen Gemeinschaftsunternehmen allradgetriebene Fahrzeuge des Typs Mahindra („Pick up“ und „Wagon“) zusam-

mengebaut werden. Die Fabrik für Schwerlastwagen und Auflieger steht seit dem Ende der Sowjetunion still. Die neuen Autos mit dem Namen „Bolero“ sollen zwischen 8.000 und 12.000 \$ kosten und vor allem im Kaukasus und der Türkei abgesetzt werden. Der Investorenvertrag beinhaltet eine Verpflichtung der neuen Partner zur Modernisierung der Anlagen im Wert von 20 Mio. \$. Das erste der neuen Allradfahrzeuge kaufte der Tbilisser Oberbürgermeister Wano Sodelawa und schenkte ihn der Gewerkschaft der Theaterarbeiter.



Tbilgazi, der Gasversorger der Hauptstadt, häuft erneut Schulden bei seinem russischen Lieferanten Itera an. Allein für Dezember 2001 wurden angeblich Forderungen über 6 Mio. Lari nicht ausgeglichen. Auch im November seien 700.000 Lari nicht überwiesen worden. Die Stadtverwaltung Tbilissis bat die nationale Regierung um Hilfe, die aber nicht gewährt wurde. Inzwischen haben die Verantwortlichen des Betriebes auch eingestanden, dass in den letzten 40 Jahren keine Investitionen mehr in das Leitungsnetz getätigt wurden und die Gasverluste im Netz enorme Ausmaße (angeblich über 50 %) erreichen. Zur Vorbereitung der anstehenden Privatisierung ist unter amerikanischer Beratung das Management von Tbilgazi ausgetauscht und neu strukturiert worden.



Der im Herbst groß gefeierte Investorenvertrag über 350 Mio. \$ zum Betrieb des Stahl- und Röhrenwerks in Rustawi ist nach Angaben des georgischen Wirtschaftsministeriums null und nichtig, da das schweizerisch-deutsche Investoren-

konsortium nicht fristgerecht Bankbürgschaften über 50 Mio. \$ hinterlegt und offene Gehälter von 350.000 Lari nicht überwiesen habe. Offenbar blieben die Kontakte zu den Schweizern (die mit zahlreichen deutschen Unternehmen ein Konsortium bilden) aber bestehen.

Offiziell sollte erneut mit einem türkischen Stahlkonsortium (das in Verbindung mit US-Steel stehe) über ein Engagement gesprochen werden, mit dem bereits zu Beginn des letzten Jahres verhandelt worden war. Dann aber waren die Verhandlungen zugunsten der westeuropäischen Investorengruppe abgebrochen worden. In Medienberichten wurde immer wieder über das persönliche Interesse von Mitgliedern der Präsidentenfamilie an einer „türkischen“ Lösung des Falls spekuliert, gegen die sich insbesondere die Arbeiter des Werks mit massiven Demonstrationen aussprachen.

Im Februar verlautbarten die türkischen Interessenten, dass sie die Verhandlungen ruhen lassen, bis sich die Haltung der georgischen Seite geklärt habe.

Zu sowjetischen Zeiten hatte das Werk 12.000 Mitarbeiter, die Waren im Wert von 300 Mio. \$ produzierten. Inzwischen hat das Werk 100 Mio. \$ Schulden und steht seit Jahren still.



Die georgische Regierung will einen neuen Versuch starten, sich von der defizitären staatlichen Fluggesellschaft Georgian Airlines zu trennen. In Übereinstimmung mit der Forderung der WB soll ein erneuter Anlauf unternommen werden, das Unternehmen, das im Jahr 2001 fast eine Mio. Lari Defizit erwirtschaftete (800.000 Lari im Jahr 2000)

mit seinen Flugzeugen (3 TU 154, 1 TU 134 und 8 YAK 40), seinen Immobilien und Wartungsanlagen zu privatisieren.

1999 waren die drei Gesellschaften Georgian Airlines, AirZena und Air Georgia per Dekret des Präsidenten zu einer gemeinsamen Holding AirZena – Georgian Airlines zusammengefasst worden. Diese hatte dann auch die beiden Boeing-Maschinen bei der deutschen Hapag-Lloyd geleast, es jedoch trotz des modernen Maschinenparks nicht geschafft, in die schwarzen Zahlen zu fliegen. So fiel noch Ende 1999 die Entscheidung, die staatliche Gesellschaft Georgian Airlines wieder aufleben zu lassen und die angefallenen Schulden zu Lasten des Staates umzuschreiben. Die bisherigen Versuche, diese Georgian Airlines zu verkaufen, endeten alle ohne Ergebnis.

Unterdessen ist eine neue Regionalfluggesellschaft auf dem georgischen Markt aktiv geworden: Silk Route Airways, ein georgisch-amerikanisches Gemeinschaftsunternehmen, fliegt mit zwei bei der niederländischen KLM Exel geleasten 11 Jahre alten brasilianischen Embraer-120 (30 Sitze) die Strecken von Tbilissi nach Poti, Batumi, Baku und Jerewan.



Die norwegische Telenor steht angeblich vor dem Einstieg in den georgischen Telekommunikationsmarkt. Nach der von der deutschen Commerzbank geleiteten erfolglosen Privatisierungsrunde im vergangenen Jahr hat das georgische Fachministerium nun diesen Kontakt aufgebaut. 75 % der Anteile an dem Unternehmen Sakartvelos Electrokavschiri stehen zum Verkauf an, 60 Mio. \$ werden auf georgischer Seite als Erlös

erwartet. Das Unternehmen betreibt ein Netz mit 350.000 Anschlüssen.



Die mit Hilfe von westlichen Investoren erst vor ein paar Monaten eröffnete Zigarettenfabrik Georgian Tobacco Manufacturing will ihre Tore schließen. Grund hierfür ist nach Angaben des Unternehmens die georgische Gesetzgebung, die zu hohe Steuern und Abgaben verlange und damit den Schmuggel begünstige. Außerdem sollte durch eine Gesetzesänderung innerhalb kürzester Zeit die Senkung der in Zigaretten enthaltenen Schadstoffe durchgesetzt werden. Der Umbau der Anlagen sei nicht fristgerecht zu realisieren, argumentierte die Geschäftsführung, die 320 Menschen in der Produktion und 680 Kräften im Vertrieb kündigte. Insgesamt wären von der Schließung fast 3.000 Arbeitsplätze (auch in der Landwirtschaft) betroffen. Möglicherweise werde die Zigarettenproduktion nach Russland verlegt, teilte das Unternehmen mit. Die georgische Regierung zog daraufhin die Notbremse und setzte die Vorschrift zur Senkung der Schadstoffe für ein Jahr aus.



Die Zahl ausländischer Touristen in Georgien ist im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 22 % auf 302.220 (davon 184. 687 aus Staaten der GUS) gesunken. Die Zahl der Besucher aus Russland habe sich (nach der Visaeinführung) um 85 % verringert, die Zahl der türkischen Gäste habe um 60 % abgenommen.

Nach Ansicht von Wascha Schublads, dem Vorsitzenden der Staatlichen Tourismusbehörde Georgiens, sei dies mit den Ereignissen in der Welt und der unsicheren Lage in Georgien selber zu begrün-

den. Dennoch hätten im Jahr 2001 64 neue Hotels mit insgesamt 675 Zimmern eröffnet. Insgesamt bietet das Land in 210 Hotels 2.500 Zimmer an. 600 weitere (ehemalige) Hotels seien mit Flüchtlingen belegt. Der Tourismus erwirtschaftete 10,2 % des Bruttosozialprodukts des Landes.



Ein neues Weinunternehmen hat seine Aktivitäten in Georgien vorgestellt: die Akaschani-Kellerei hat im Osten der Hauptstadt in Richtung Telawi (Lilo-Region) eine völlig neue Kellerei auf dem Gelände des ehemaligen Betonwerks errichtet. 1,2 Mio. Flaschen Qualitätswein seien im ersten Jahr bereits abgefüllt und in die Länder der früheren Sowjetunion exportiert worden. In einem nächsten Schritt sollen auch die Märkte Westeuropas und Nordamerikas beliefert werden. 2.000 Weinbauern aus Kachetien und Ratscha lieferten der Abfüllanlage zu, die selbst 250 Menschen beschäftigt. Das georgische Unternehmen hat für die technische Überwachung der Anlagen einen deutschen Experten angestellt.



Das georgische Metallurgieunternehmen Madneuli ist wieder in das Visier des schweizerisch-russischen Unternehmens Glencor geraten. Glencor hat bereits seit einigen Jahren Kontakte mit Madneuli, aber auch erhebliche Forderungen. Madneuli hat im vergangenen Jahr für fast 22 Mio. Lari Kupfer und Kupferverbindungen produziert. Jetzt will Glencor Madneuli übernehmen und „privatisieren“.



Die georgische Düngemittelfabrik Azoti steht erneut auf dem Wunschzettel russischer Investoren. Alle Versuche, den Betrieb über weltweite Ausschreibungen zu privatisieren, waren bisher gescheitert. Jetzt

interessiert sich der russische Gasversorger Itera, der wegen unbezahlter Rechnungen hohe Forderungen (angeblich über 30 Mio. \$) an Azoti hat, für das große Industrieunternehmen.



Der Engpass bei der Verladung aserischen Rohöls aus Eisenbahnwaggons auf Schiffe im Hafen von Batumi besteht offenbar weiter. Die aserische Eisenbahngesellschaft beklagte, dass von den täglich 500 Tankwagen nur 400 entladen würden. Daher stünden mehr als 3.000 Tankwagen in der Warteschleife. Die georgische Seite müsse dafür etwa 5 Mio. \$ an Aserbaidschan zahlen.

Sonstiges

In einem offenen Brief wandten sich Mitte Februar die Vertreter von sechs wichtigen Religionsgemeinschaften in Georgien an den georgischen Präsidenten Schewardnadse mit dem Hinweis, er habe der ökumenischen Gruppe im Juli 2001 in einem gemeinsamen Gespräch zugesagt, dass der religiösen Gewalt im Lande mit Entschiedenheit begegnet werden sollte.

Der fundamental konservative, exkommunizierte Priester Basil Mkalawischwili hatte seit Januar immer wieder Schlagzeilen mit gewalttätigen Aktionen gemacht. So drang er mit mehreren Sympathisanten in das Gebäude eines Fernsehsenders ein und drohte damit, die technische Ausstattung zu zerstören, wenn nicht eine als „Gotteslästerung“ bezeichnete Sendung gestoppt würde. Die Polizei nahm für kurze Zeit zwei der Ein-

dringlinge fest. Da die Polizisten jedoch von anderen Glaubensfanatikern bedroht wurden, ließen sie die Männer wieder frei. Die Ausstrahlung der Sendung wurde ebenfalls beendet.

Anfang Februar folgte dann erneut eine gewalttätige Aktion gegen eine andere Glaubensgemeinschaft. Basil Mkalawischwili hatte rund 4 Tonnen Bücher (darunter auch viele Bibeln) der evangelisch-baptistischen Kirche (nach anderen Meldungen der Zeugen Jehovas) gestohlen und öffentlich verbrannt. Eine Gruppe von rund 150 Menschen sei mit Bussen vorgefahren und habe ein Lager der Kirche verwüstet. Wenige Tage später begann der seit langem erwartete Strafprozess gegen Mkalawischwili vor einem Gericht in der Hauptstadt.

Die Oberhäupter der sechs Glaubensgemeinschaften riefen danach den Präsidenten auf, sein möglichstes zu tun, um den Taten, die den toleranten Traditionen Georgiens widersprechen, ein Ende zu bereiten. Zuvor schon hatte die georgisch-orthodoxe Kirche gegen die Vorfälle protestiert.

Nach Ansicht des georgischen Außenministers untergräbt die Tätigkeit der Fundamentalisten ernstlich das internationale Ansehen Georgiens. Auch Gigi Zereteli, Vizepräsident des Parlaments, sprach von „schwarzen Flecken auf dem Bild Georgiens“.

Vier Religionsgemeinschaften in Georgien (Baptistenkirche, Evangelisch-Lutherische Kirche, Katholische Kirche und die Armenisch-Apostolische Kirche) haben Mitte Februar eine ökumenische Charta unterzeichnet, in der eine verbesserte Zusammenarbeit der Gemeinschaften festgeschrieben wird.

Die georgische orthodoxe Kirche und der Staat haben in Georgien einen Vertrag über die Militärseelsorge geschlossen.

◇◇◇

Mehr als 1,1 Mio. Einwohner weniger als 1989 – das ist das vorläufige Ergebnis der Volkszählung in Georgien, die jetzt abgeschlossen werden konnte. Diese erste Zählung seit 1989 und damit nach dem Ende der Sowjetunion kam auf 4,4 Mio. Georgierinnen und Georgier, wobei auch solche mitgezählt wurden, die nur vorübergehend im Ausland leben. Nicht gezählt werden konnte in Abchasien und Südossetien, dessen Bevölkerung auf nach wie vor 640.000 geschätzt wurde. Die Hauptstadt Tbilissi hat nach dieser neuen Erhebung 1,1 Mio. Einwohner (bisher waren 1,4 Mio. genannt worden).

Erstmals wurden auch Fragen nach der religiösen Zugehörigkeit gestellt. Finanziert wurde die Erhebung mit Geldern der UNO, der niederländischen und der deutschen Regierung sowie weiterer Geberorganisationen.

◇◇◇

Anfang des Jahres wurden in einem Wald in Ostgeorgien (370 km Entfernung von Tbilissi) zwei Behälter mit hochradioaktivem Strontium-90 gefunden. Die Finder, vier Jäger, wurden mit Radioaktivität verseucht und zur Behandlung in ein Tbilisser Krankenhaus gebracht. Möglicherweise werden sie in Westeuropa weiterbehandelt. Die georgische Regierung hatte sofort 100.000 Lari für die Beseitigung der Folgen des Vorfalls bereitgestellt.

Die Internationale Atomenergiekommission IAEA rückte unverzüglich mit einem 25-köpfigen Expertenteam an,

das die auch starke Wärme abstrahlenden Container bis Anfang Februar fachgerecht entsorgte. Diese stammen vermutlich von den (angeblich) acht Mini-Atomgeneratoren, die 1985 vom sowjetischen Kommunikationsministerium als Energieeinheit tragbarer Funkgeräte während des Staudamm-Baus am Enguri-Fluss nach Georgien gebracht wurden. Sechs der extrem strahlenden Nuklearbatterien mit einem Gewicht von sechs Kilogramm und der Größe einer Gemüsedose wurden bereits gefunden, vier davon in Swanetien. Die jeweils darin enthaltene Menge entspricht laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 07.02.2002 etwa der Menge an radioaktivem Material, die bei dem Unglück in Tschernobyl freigesetzt worden war. Bei den jetzt gefundenen beiden Behältern war offenbar der Bleimantel bereits zuvor entfernt und als Altmetall verschelbelt worden. Die Süddeutsche Zeitung wies auch darauf hin, dass die Lage der Funde in einer von islamischen Rebellen genutzten unwegsamen Bergregion die Sorge habe wachsen lassen, dass Terroristen „die ehemaligen Sowjetrepubliken als nuklearen Selbstbedienungsladen“ nutzen könnten.

Auch auf einem Manövergelände in Sestafoni wurde im Februar eine Strahlenquelle mit Strontium-90 gefunden und sicher gestellt. Auf diesem Gelände soll früher eine russische Einheit zur chemischen Kriegsführung geübt haben.

Ebenso wurde im Hafen von Poti ein zylinderförmiger Behälter mit einer radioaktiv strahlenden Substanz gefunden. Ein Messinstrument hatte radioaktive Strahlung angezeigt.

Die abchasische Separatisten-Regierung verweigerte ihre Zustimmung zu einer Inspektion der weitgehend geräumten russischen Militärbasis Gudauta durch eine internationale Strahlenschutzkommission. Nach offiziellen georgischen Angaben wurden in den letzten Jahren rund 120 Strahlenquellen gefunden, die von sowjetischen / russischen Truppen hinterlassen worden waren.

◇◇◇

Der Vizepräsident des georgischen Basketball-Verbandes, der 32-jährige Dudu Dadiani, wurde im Januar auf der Eingangstreppe des Sportministeriums von einem Unbekannten mit vier Schüssen ermordet.

◇◇◇

Bei der Auslosung der Gruppen zur Qualifikationsrunde zur Fußball-Europameisterschaft 2004 wurde Georgien in Gruppe 10 mit den Gegnern Irland, Schweiz, Albanien und Russland zusammen gelost. Die ersten Spiele sollen im September 2002 stattfinden.

◇◇◇

Das Saarbrücker Rathaus zeigte im März die Ausstellung „Georgien – Gesichter und Landschaften“ des georgischen Fotografen Gia Tschkataraschwili, der auch den internationalen Fotowettbewerb „Heimat“ gewinnen konnte.

Quellen: Deutschsprachige und georgische Zeitungen und Nachrichtenagenturen („The Georgian Messenger“), Internet-Recherchen u.a. bei:

www.georgienseite.de, www.mebb.de, www.georgien-news.de, www.civil.ge, Zusammenstellung für Januar und Februar 2002, E@Mail THL66123@AOL.COM

Neuerscheinungen

In der vom Kaukasischen Haus in Tbilissi herausgegebenen Reihe zu den Völkern Kaukasiens erschien in Englisch und Russisch eine historische Abhandlung zu den Wainachen, ausgestattet mit reichem Karten- und Bildmaterial. Autor ist der renommierte georgische Historiker Giorgi Antschabadse.

G. Anchabadze: *The Vainakhs (The Chechens and Ingush)*. Caucasian House Tbilisi 2001, 320 S. ISBN 99928-71-14-8.

Hinweisen möchten wir auch auf eine neue Publikation von Helga Kotthoff, *Dein Leid mir: Die Kommunikation von Gefühlen in georgischen Trauerritualen*. Der Beitrag erschien in: H. Kotthoff (Hrsg.): *Kultur(en) im Gespräch*. Gunter Narr Verlag Tübingen 2002.

Als erste eigenständige Produktion des aus dem *Ensemble Georgika* hervorgegangenen Instrumentalistentrios *Georgika* erschien eine CD mit traditioneller georgischer Musik und Adaptationen klassischer Stücke. Nähere Information und Bestellungen über www.georgien.net.

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal auf die CD des *Ensemble Georgika* - Vol. III - verwiesen. Die von Thomas Häusermann sorgfältig fachlich begleiteten Aufnahmen bilden einen Querschnitt durch die Vielfalt der regionalen, christlichen und außerchristlichen Liedtraditionen der Georgier. Information und Bestellungen über Face Music Switzerland, face.music@bluewin.ch.

Mitteilungsblatt der Berliner Georgischen Gesellschaft e.V.

Redaktion und Herstellung:

Brigitta Schrade
Berliner Str. 25, 15831 Mahlow,
Tel.: 03379-393 53
Fax: 03379-393 55
e-mail: brischra@aol.com

Thomas Ahbe
Dr. Stefan Kurella
Thomas Ladwein
Iwsira Mtschedlidse
Ketino Zagareišvili-Ahbe

Titelbild:

„Zum Wohl“ - nach einer Zeichnung von Oskar Schmerling (T. Ahbe)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel sind Originalbeiträge. Sie brauchen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wiederzugeben. Nachdruck bedarf der Genehmigung durch die Redaktion.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen.

Preis: Für Mitglieder der Berliner Georgischen Gesellschaft im Beitrag enthalten, sonst 18 Euro pro Jahr für den Bezug im Inland bzw. 20 Euro für den Bezug im Ausland..

Die Berliner Georgische Gesellschaft dankt dem Auswärtigen Amt für die finanzielle Förderung der Veranstaltungsreihe der BGG.

Berliner Georgische Gesellschaft e.V.

Vereinsnummer: 13694 NZ beim
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Vorsitzender:

Prof. Dr. Rolf Schrade, Berliner Str. 25,
15831 Mahlow, Tel.: 03379-393 52
Fax: 03379-393 55

Jahresbeiträge:

32 Euro (Einzelpersonen);
16 Euro (Studenten, Senioren)

Kontoverbindung:

Kreissparkasse Teltow-Fläming
BLZ 160 525 00
Ktnr. 2522305070

Beiträge sind steuerabzugsfähig



Microfinance Bank of Georgia

MBG Bank – die “deutsche” Bank in Georgien

■ ■ **Finanzielle Stärke und Stabilität**

Seit ihrer Gründung ist die MBG Bank zu 81 % im Besitz internationaler Aktionäre:

- 20 % KfW (Frankfurt)
- 16 % IFC (International Finance Corporation, Weltbank-Gruppe, Washington)
- 15 % Commerzbank AG (Frankfurt)
- 10 % FMO (Entwicklungsbank der Niederlande, Den Haag)
- 10 % IMI (Internationale Micro-Investitionen AG, Frankfurt)
- 10 % EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London)

■ ■ **Deutsches und Georgisches Management**

■ ■ **Attraktive Zinssätze für Geldeinlagen**

Geldüberweisungen von und nach Georgien –

einfach, schnell und sicher

MBG Bank

Tamar Mephe Ave. 18, 380012, Tbilisi, Georgia

Telefon: +(995 32) 92 16 16 / 96 16 16

Fax: +(995 32) 25 05 80 / 77 96 85

E-mail: mbg@mbg.com.ge

Internet: www.mbg.com.ge

Kontaktpersonen:

Alexander von Gleich (Generaldirektor) **Durchwahl - 104**

Annet Anton (Direktor) **Durchwahl - 106**

Giorgi Darsalia (Marketing Manager) **Durchwahl - 135**

VERANSTALTUNGSPROGRAMM DER BERLINER GEORGISCHEN GESELLSCHAFT E.V. FÜR DAS JAHR 2002

Freitag, 25.01. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Uwe Halbach,

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit Berlin, Vortrag:

„Islamische Wiedergeburt“ und islamistische Bewegungen in Rußland und im Kaukasus“

Freitag, 22.02. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Treffen mit dem Botschafter der Republik Georgien in der Bundesrepublik Deutschland, **S. E. Dr. Konstantin Gabaschwili**

Freitag, 22.03. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Alexander von Gleich,

Microfinance Bank of Georgia, Tbilissi, Vortrag:

„Der georgische Finanzmarkt im Umbruch: Chancen und Perspektiven der Mittelstandsbank MBG“

Freitag, 26.04. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Oberst a.D. Bernd Englert,

Bonn, Vortrag:

„Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien. Erfahrungen als Chef des Stabes von UNOMIG“.

Freitag, 24.05. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Hans-Friedrich von Knobelsdorff,

Tbilissi/Frankfurt a.M., Vortrag:

„Die Entwicklung der Menschenrechte aus philosophischer und geistesgeschichtlicher Sicht von der Antike bis zur Gegenwart.“

Freitag, 21.06. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Jürgen Schmidt,

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit Berlin, Vortrag:

„Zur innenpolitischen und außenpolitischen Lage in Georgien.“

Freitag, 27.09. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Maguli Gordeladze, Frankfurt.a.M., Vortrag:

„Bioenergie. Die ärztliche Kunst des 21. Jahrhunderts“

Freitag, 25.10. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Barbara Christophe,

Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O., Vortrag:

„Herrschaftsstrukturen in Georgien auf lokaler Ebene“

Freitag, 22.11. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Konzert mit dem Quintett „Urmuli“, Tbilissi

Freitag, 20.12. 18.30 Uhr, Lessing-Saal

Brigitta Schrade,

Mahlow, Vortrag mit Lichtbildern:

„Das Erbe der hl. Nino. Zur Geschichte und Gegenwart des Klosters Bodbe in Kachetien“

Alle Veranstaltungen finden in der Staatsbibliothek zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Unter den Linden 8, in den jeweils angegebenen Sälen statt.